

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Nr. 30.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal nach die Post bezogen 1 Mk. Einzelhefte in die Postgebührenliste Nr. 6482. Geschäftsstelle: Postfach 15, Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover, Sonntag, den 25. Juli 1908.

Verlag: A. J. J. Berg, Hannover, Münzstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover, Münzstr. 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von E. V. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Aus dem Jahresbericht eines Arbeitgeberverbandes.

Der Jahresbericht des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Manheim-Ludwigshafen enthält einige Stellen, die auch für weitere Kreise unserer Mitglieder von Interesse sind. In der Einleitung heißt es:

Der bis zum Herbst letzten Jahres dauernde günstige Stand der Konjunktur bewirkte ein bis weit in den Sommer 1907 hinein anhaltendes Steigen der Arbeiterbewegungen, an denen der Fabrikarbeiterverband den Hauptanteil hatte. Mit dem Wachsen der Industrie und der nach günstiger Entwicklung strebenden gesamten Volkswirtschaft werden die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital immer schärfer hervorgetrieben und sich heftiger, umfangreicher und intensiver gestalten. Diese Kämpfe werden sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber mehr und mehr zum Zusammenstoß in stets fester und mächtiger werdenden Organisationen zwingen, deren beiderseitiges Bestreben dahin gehen wird, Differenzen möglichst auf gutem Wege beizulegen, oder, falls dieser Versuch der Verständigung scheitert, unter Aufwendung aller Kraft den Kampf aufzunehmen und bis zur Erschöpfung einer der beiden Parteien zu Ende zu führen.

Allen im Jahre 1906 haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände in Deutschland eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 2 1/2 Stunden pro Woche für 339 469 Arbeiter und eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 1,87 Mk. pro Woche für 691 708 Arbeiter (gleich 67 Millionen Mark für das Jahr) erkämpft, ohne die sonstigen Vorteile zu nennen, wie: Verringerung der Fabrikstörungen, Beseitigung der Nachtarbeiten, Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit, sowie den Abschluß vieler Tarifverträge.

Was ist es, das den Arbeiterorganisationen diese gewaltigen Errungenschaften zu erreichen half? Es ist ihre große Opferwilligkeit, ihre Disziplin und ihr Solidaritätsgefühl! Hätte die Arbeitgeberkraft nur einen Teil dieses Geistes in sich, es wäre vieles anders. Diese ständige Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird mehr durch eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter, noch durch ungünstige Gestaltung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes aufgehoben, sie kann aber gemindert werden und eine die Entwicklung der Industrie und der Gewerbe möglichst wenig störende Form erhalten dadurch, daß die mächtigen Arbeiterorganisationen ebenso mächtige Arbeitgeberorganisationen gegenüberstellen, und daß dann diese beiden Faktoren aufstrebende Differenzpunkte beseitigen. Je nach dem Stärkeverhältnis der beiden Parteien und dem Geschick, mit welchem die beiderseitigen Interessen vertreten werden, wird das Resultat der jeweiligen Verhandlungen ausfallen. Einen andern Weg gibt es nicht, diesem ständigen Kriegszustand eine für die Arbeitgeberkraft möglichst schadhafte Form zu geben. Ein langer währender Friede ist nur zu erreichen, wenn er unter Bedingungen abgeschlossen wird, die sich den beiderseitigen Machtverhältnissen, der veränderlichen Lage des Absatzes und dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes möglichst genau anpassen.

Vorschläge, welche den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht verbieten wollen, können hierbei ebenso wenig ernstlich erwogen werden, wie die Einrichtung staatlicher obligatorischer Schiedsgerichte, deren Spruch für beide Parteien verbindlich wäre. Auch hat die Erfahrung gelehrt, daß es sich vom Arbeitgeberstandpunkte aus nicht empfiehlt, Gewerbegerichte und sonstige Behörden bei Streitigkeiten als Schiedsrichter fungieren zu lassen. Es fehlt leider zurzeit in Deutschland noch an einer genügend großen Anzahl von Personen in beamteter Stellung, welche genügend Kenntnisse und Erfahrung in Bezug auf die Zusammenhänge von Unternehmer und Arbeiter in der Industrie besitzen, um befähigt und berufen zu sein, Streitigkeiten, welche zwischen beiden Parteien ausgebrochen sind, verständlich und sachgemäß zu schlichten. In Ermangelung sachlicher Erfahrung steht der beamtete Schiedsrichter heute meistens auf dem Standpunkte, daß es seine Pflicht sei, für den Arbeitnehmer mehr oder weniger herauszuschlagen. Ein solches Bestreben mag da und dort wohl begründet sein, es kann aber zu ganz schlimmen Ergebnissen führen, wenn der Schiedsrichter vor schwierigen Fällen steht, die er eben mangels seiner praktischen Erfahrung nicht überblicken kann. Nur solche Personen, welche in den Verhältnissen der Industrie und in den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgeber und -nehmer gründlich Bescheid wissen, eignen sich zu Vorsitzenden von Schiedsgerichten.

Der zur Sicherung eines dauernden Friedens von theoretischen Sozialpolitikern vorgeschlagene und auch noch von der Mehrzahl der Gewerkschaften verfolgte Weg des Abschlusses von Einzel- und Korporativen Tarifverträgen, welcher unter den Arbeitgebern immer mehr Freunde zu gewinnen scheint, hat den Vorzug, daß er zur Regelung der Arbeitsverhältnisse eines Betriebes, eines ganzen Gewerbes und eines Bezirkes führt, daß er Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in den Lohn- und Arbeitsbedingungen desselben Betriebes, desselben Gewerbes und desselben Ortes beseitigt, und daß er unter gewissen Voraussetzungen den Betrieb und das ganze Gewerbe für eine teils kurze, teils längere Zeit vor steter Unruhe bewahrt. Sie haben jedoch besonders bei rigoroser Handhabung durch die Gewerkschaften und die Arbeiter den weit größeren Nachteil, daß sie infolge ihrer schematischen Bewertung der Arbeitskraft und Arbeitsleistung des Individuums auf die Arbeitsprodukte außerordentlich verneuernd wirken. Von einzelnen Fällen abgesehen, pflegen unter der Herrschaft von Tarifverträgen Qualität und Quantität des Produktes mehr und mehr abzunehmen. Aber auch abgesehen davon sind sie von wirklichem Werte nur da, wo starke Organisationen ihre Durchführung und Ausbreitung garantieren, und sie können sich bei den Arbeitgebern nur dann mehr Freunde erwerben, wenn ihnen eine gesetzliche Grundlage gegeben wird, welche beide Parteien zum Einhalten der vertraglichen Verpflichtungen zwingt. So lange eine solche Basis fehlt, liegt es im Interesse beider Parteien, in den Verträgen selbst durch eine entsprechende Klausel dafür zu sorgen, daß Tarifbruch geübt werden bestraft wird, sei es durch Ausschluß der Tarifberechtigten aus der Organisation, durch Konventionalstrafen, Verpflichtung zum Ersatz von Arbeitskräften und dergleichen. Auch in unserem Verband haben die Tarifverträge, besonders beim Handwerker und den Heimwerken, Eingang gefunden; aber auch

große Betriebe haben durch Abschluß von Tarifverträgen besonders für ihre Handwerker beruht, einer steten Verunsicherung vorzubeugen. Jedenfalls ist diese Frage mit aufrichtiger Sorgfalt zu behandeln und überall vor dem Abschluß von Tarifverträgen zu warnen, wo nicht eine starke Organisation dahinter steht.

Die Beschaffung von Arbeitskräften durch den Arbeitgeber ist unbedingt das wichtigste Schutzmittel in den Händen der Arbeitgeber. Er bildet die Zentralfelle, von der aus infolge der obligatorischen Benutzung durch die Arbeitgeber der Arbeitsmarkt übersehen und geregelt werden kann, von der aus die Arbeiter kontrolliert und den Arbeitgebern nur qualifizierte und empfehlenswerte (d. h.) Arbeiter zugeführt werden. Der Arbeitsnachweis ist infolge seiner engen Berührung mit der Arbeiterkraft aber die beabsichtigten Arbeiterbewegungen am besten orientiert, er kann bei Arbeiterbewegungen vermittelnd eingreifen und bei Streiks und Ausprägungen Arbeitswillige beschaffen. Er kann endlich die bereits organisierten Arbeitgeber noch fester zusammenkitteln und die aufstrebenden Firmen sehr bald zwingen, ihr ablehnendes Verhalten aufzugeben und sich dem Arbeitsnachweis anzuschließen.

Ueber die Verbandstätigkeit heißt es in dem Bericht:

Sowohl in organisatorischer wie akquisitorischer Hinsicht hat das zweite Geschäftsjahr unseres Verbandes sich außerordentlich günstig entwickelt. Seit Abschluß unseres letzten Geschäftsberichts im April vorigen Jahres sind im Jahre 1907 allein 76 Mitglieder mit 2165 Arbeitern beigetreten, so daß der Verband nach Abrechnung der mit Ende letzten Jahres infolge Nichtbezahlung des Beitrages oder Austrittserklärung ausscheidenden Firmen Ende 1907 260 Mitglieder oder 462 Firmen mit etwa 34 000 Arbeitern umfaßt, gegenüber 205 Mitgliedern mit etwa 32 000 Arbeitern im Frühjahr 1907.

Soviel aus dem Bericht. Interessant ist ganz besonders die Stelle im Absatz 2, wo zugegeben ist, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit immer schärfer hervortreten. Wir konstatieren gern dies Zugeständnis, befürchten aber, daß es bei den Arbeitgebern, die doch immer von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit schwärmen, keine Freude erwecken wird. Auch die aus dieser Wahrheit gewonnene Schlussfolgerung wird nicht nach dem Herzen derer sein, die die Organisationen der Arbeiter für das Nachwort einzelner „Heizer“ halten und ihnen mit Hilfe der gelben Verrätergarde den Garaus machen wollen. Die Anerkennung der, selbst nach dem Unternehmerbericht gewaltigen Errungenschaften der deutschen freien Gewerkschaften in dem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Jahresbericht nicht wiederum recht angenehm ab von der in der Öffentlichkeit von den Unternehmern und ihren Verbündeten so eifrig verbreiteten Lüge, die Gewerkschaften nützten den Arbeitern nichts. Hoffentlich bleiben die Herren nunmehr bei der Wahrheit und unterlassen es, die Erfolge der Gewerkschaften aus der Welt zu lägen. Daß die Opferwilligkeit, Disziplin und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter gelobt wird, ist ebenfalls eine Abweichung von der allgemeinen Beurteilung dieser Eigenschaften durch die Arbeitgeberverbände. Dessen wird nämlich immer geschimpft auf die verführten, betörten, verblendeten, irgeleiteten Massen. Sehr erfreulich ist ferner, daß der Arbeitgeberverband Vorschläge, die den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht nehmen wollen, verwirft. (Ober sind ihm etwa die Trauben nur zu sauer, weil sie etwas zu hoch hängen?) Das Mißtrauen in die Schiedsgerichte ist bezeichnend. Die Herren wissen eben, daß die Forderungen der Arbeiter in der Regel nur zu berechtigt sind und deshalb von einem wirklich unparteiischen Schiedsgericht fast nie ganz abgewiesen werden können. Daß der Arbeitsnachweis in den Händen der Unternehmer nicht der Arbeitsvermittlung dienen, sondern als Maßregelungsbureau fungieren soll, war uns ja schon bekannt, immerhin registrieren wir auch diese neue Bestätigung unserer Auffassung. Die weitere Mitteilung, daß er auch als Spionagetätigkeit gebraucht werden soll, mögen unsere Kollegen beachten und entsprechende Maßnahmen treffen.

Die Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland und England.

Der britische Handelsamt hat ein offizielles Selbstbuch veröffentlicht, in dem eingehende Untersuchungen und Vergleiche über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in Deutschland und England angestellt werden. Zu dem Zwecke sind dreizehn deutsche Industriestädte mit einer Gesamtbevölkerung von 9 Millionen zum Gegenstande der Untersuchung gemacht und über 5000 Haushaltungsbudgets von Arbeiterfamilien gesammelt worden. Die Vergleiche sind, obwohl sie sich nur auf Nahrung, Heizung und Wohnung beziehen, äußerst interessant. Wir geben nachstehend einige Resultate derselben wieder:

Die Mietpreise der Arbeiterwohnungen in Deutschland verhalten sich zu den Mietpreisen englischer Arbeiterwohnungen wie 123 zu 100. Das heißt, die deutschen Arbeiterwohnungen sind im Durchschnitt um 23 Prozent höher als die englischen.

Die Kosten für daselbe Quantum Nahrung und Heizung sind in Deutschland um 18 Prozent höher als in England.

Die Ausgaben für Wohnungsmiete, Nahrung und Heizung der deutschen Arbeiter verhalten sich zu den Ausgaben der englischen Arbeiter wie 119 zu 100.

Der wöchentliche Geldlohn der deutschen Industriearbeiter verhält sich zum Wochenlohn der englischen Arbeiter derselben Berufs wie 83 zu 100.

Die durchschnittliche Zahl von wöchentlichen Arbeitsstunden der deutschen Arbeiter verhält sich zur wöchentlichen Arbeitsstundenzahl der englischen Arbeiter wie 111 zu 100.

Die durchschnittliche Stundenlohn-Rate der deutschen Arbeiter verhält sich also zum Stundenlohn der englischen Arbeiter wie 75 zu 100.

Vergleicht man also die Lage des deutschen Arbeiters mit der des englischen, so ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter im Durchschnitt um 17 Prozent weniger Geldlohn erhält und für diesen um 11 Prozent länger zu arbeiten hat als sein englischer Genosse, und obendrein noch um 23 Prozent höheren Preis für seine Lebensbedürfnisse (Wohnung, Nahrung und Heizung) zu bezahlen hat als der englische Arbeiter. Mit andern Worten: für dieselbe Zahl von Arbeitsstunden, für welche der englische Arbeiter einen Geldlohn von 100 Mark erhält, erhält der deutsche Arbeiter bloß 75 Mk.; der deutsche Arbeiter hat für seine Nahrung und Heizung, welche ihn in England 100 Mk. kosten würde, 118 Mk. zu bezahlen; er hat für seine Wohnung eine Miete von 123 Mk. zu bezahlen, wo er in England bloß 100 Mk. zu bezahlen hätte.

Damit ist aber noch nicht alles gesagt. Nicht nur sind die Arbeitszeit des deutschen Arbeiters länger, sein Arbeitslohn geringer, seine Lebensmittel und Wohnung teurer als die des englischen Arbeiters, sondern auch die Wohnungsverhältnisse und die Qualität der Nahrungsmittel des deutschen Arbeiters sind viel schlechter als die seines englischen Genossen derselben Klasse und Stufe.

Die deutsche Arbeiterklasse — so sagt das angeführte Selbstbuch — bewohnt fast ausschließlich große Mietskasernen, welche häufig um einen Hof herumgebaut sind und deren jede aus einer Anzahl selbständiger Gebäude besteht. Der englische Arbeiter hingegen mietet in der Regel ein kleines separates Haus. In Deutschland bestehen die Arbeiterwohnungen meistens aus 2 bis 3 Stuben; in England sind Arbeiterwohnungen von 4 bis 5 Stuben vorherrschend.

Was den Preis der wichtigsten Konsumartikel betrifft, so gibt die folgende Aufstellung ein deutliches Bild der Verhältnisse der beiden Länder. Wenn wir die auf England bezüglichen Preise in allen Fällen mit 100 bezeichnen, so standen im Oktober 1906 die Preise in Deutschland wie folgt:

Zucker	119
Butter	105
Kartoffeln	88
Mehl (Weizen)	140
Milch	75
Rindfleisch	122
Lammfleisch	137
Schweinefleisch	123
Speck	123
Rohle	124
Petroleum	135

Also mit Ausnahme von Kartoffeln und Milch sind sämtliche wichtigen Lebensmittel in Deutschland bedeutend teurer als in England.

Der Bericht enthält noch eine Menge höchst lehrreichen Materials, insbesondere in Bezug auf die einzelnen großen Städte, welches sich jedoch in dieser kurzen Uebersicht nicht wiedergeben läßt. Aber auch die obigen Zahlen beweisen unüberleglich, daß die deutschen Arbeiter in Bezug auf Arbeitsdauer, Arbeitslohn, Wohnungsverhältnisse und allgemeine Lebenshaltung viel tiefer stehen als die arbeitenden Klassen Großbritanniens.

Zum Verbandstag.

Kollege Kuchler bringt in Nr. 24 d. Ztg. einen Artikel gegen die Erhöhung der Beiträge und den Ausbau der Unterstützungsanstaltungen. Er begründet seine Abneigung gegen die „Pläjärrerei“ damit, daß unsere Organisation verläßt und den Charakter einer Kampfsorganisation mehr und mehr einbüßt. Als Beweis dafür bringt Kollege Kuchler einen, bereits von der Redaktion korrigierten Zählenspiegel. An diese Korrektur will ich nichts mehr anfügen; was daran fehlt, kann der Kollege in Nr. 25 d. Ztg. auf Seite 113 nachlesen. Nur eins möchte ich hierbei bemerken: Im Jahre 1904 (eine jüngere Statistik steht mir leider nicht zu Gebote) betragen die Ausgaben der englischen Gewerkschaften für Reisen und Arbeitslosenunterstützung, bei fast gleicher Mitgliederzahl gegenüber den deutschen, fast das Vierfache der für den gleichen Zweck in Deutschland ausgegebenen Summe, während die Ausgaben für Streiks um über 5 Millionen geringer sind als bei uns. Danach wärten nun die englischen Arbeiter schon jeden Sinn für den Kampf verloren haben, umso mehr, wenn man bedenkt, daß auch die Genossenschaftsbewegung (bekanntlich auch ein politisches Schlafrmittel nach Ansicht der alten Kapitalisten) in England die deutsche um ein Gewaltiges übertrifft. Und doch sind gerade jetzt die englischen Arbeiter bemüht, durch Schaffung einer eigenen parlamentarischen Vertretung sich zu ihren wirtschaftlichen Kämpfen den Rücken zu stärken. Und gar die englischen Frauen, die doch alle Ursache hätten, auf ihrem durch Konsum- und Produktivgenossenschaften nebst den angeführten Unterstützungen wohlgefüllten Geldbeutel zu schlafen, sie gehen den deutschen, speziell den preussischen Arbeitern und ihren Frauen im Kampfe ums Wahlrecht mit leuchtendem Beispiel voran.

Kollege Kuchler ist, wie leider noch viele unserer Veteranen, der Ansicht, daß es sich mit leerem Magen und idealem „Kirchhofspolitik“ besser kämpft, als mit der Aussicht, für alle Fälle materiell soweit gesichert zu sein, daß Glendebilder, wie sie bei früheren Kämpfen in Erscheinung traten, heute eben der Vergangenheit angehören oder auf das Konto wirtschaftlicher Krisen kommen. Die Psychologie der Volkstheorie ist die: Man kann wohl mit einer aus Idealsinnus kämpfenden Kassette und aberzählende Siege erreichen, aber keinen, der Natur der Sache nach langwierigen, durch Generationen währenden aufreibenden Kampf führen. Dazu gehört eine solide materielle Grundlage. Angenommen z. B., wir zählten heute 9 Mk. 18 Pf. Arbeitslosenunterstützung, so würden wir damit ohne Streit die am schlechtesten bezahlenden Betriebe zwingen, mindestens daselbe an Lohn zu zahlen oder sie würden nur sehr schwer Arbeiter bekommen. Keiner Ueberzeugung nach müssen wir die Unterstützungsanstaltungen noch viel mehr ausbauen; es zehren noch sehr viele kostspielige Parasiten am Mark des Volkes die wir als

ausfalten müßten und könnten. Mit dem Gelde, womit die verschiedenen Versicherungsgesellschaften ihre Aktionäre mäkeln, könnten wir sicher besseres anfangen. 3. B. festes und noch Erhöhung der Arbeiterlohnunterstützung und Verminderung der Krankheits- auf 3 Tage, Krankenunterstützung für Familienmitglieder, Wöchnerinnenunterstützung für die Ehefrauen der Mitglieder, Alters- und Invalidenrentenzulage vom 60. Jahre ab, Gewährung von Ferienunterstützung für Arbeitslosen, Unterstützung für die vom Militärdienst entlassenen Mitglieder, Einrichtung der bisher von privaten Gesellschaften betriebenen Versicherungen usw. Zwar weiß ich, daß man mich einen Utopisten nennen wird, aber ich weiß auch, daß alles das, was heute Tatsache ist, einmal als Utopie bezeichnet wurde.

Weiter soll unsere Organisation in die Breite, aber nicht in die Tiefe gehen. Das ist inwieweit richtig, als es vordringend der Fall ist und das In-die-Breite-Gehen naturgemäß leichter ist; aber prozentual wird die Bewegung auch wieder in unbefriedigender Tiefe erreichen. Denn wenn durch den Ausbau der Unterstützungen und die sonstigen Errungenschaften die Massen materiell gehoben werden, so werden sie auch geistig gehoben, und das ist doch so sicher wie 2 x 2 = 4. Wenn Kollege K. das bestritt, dann kann er auch nicht sagen: wir wollen durch Ergründung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen der Menschheit nähern. — Es ist möglich, daß es auf dem Gebiete der gewerblichen Industrie noch einmal zu Kämpfen kommen wird; wenn bis dahin unter dem Band der Arbeit die mit seinen Unterstützungsrichtungen auch dem Substantivsten erkennbare Vorteile bietet, die große Mehrzahl der Arbeiter gewonnen hat, so kann der Ausgang kaum zweifelhaft sein. Dann wird unter dem Band der Arbeit nicht verbluten. — Jedes Ideal ist nur so lange Ideal, als seine Erreichung noch in nebelhafter Ferne winkt, dem Ziele nahe und der Allgemeinheit eigen, wird es etwas Selbstverständliches, etwas, das nicht mehr „so sein muß“, sondern das „so gehört“, und für das, was sich „so gehört“, wird auch der, der keinen Idealismus beifügt, mit voller Kraft und allem Nachdruck eintreten. Wir dürfen nur nicht unzerlassen, für gründliche Propaganda unter Ideen auf der ganzen „Breite“ zu sorgen. Durch das Unterstützungsweien wird uns ein großer Ader gepflügt, sorgen wir dafür, daß er auch befrucht wird, damit nachher keine Dürfteln darauf wachsen, aber gerade hier wird am meisten geübt und unentwegt mit Mitteln gearbeitet, die immer nur sehr wenig nützen.

Magdeburg.

F. Voigt.

Je näher der Verbandstag heranrückt, je mehr Stimmen und Wünsche werden zu demselben laut. Die wichtigsten Fragen auf demselben werden wohl die der Agitation, Grenzstreitigkeiten und die Beitragsfrage sein.

Wie vom Hauptvorstand, so wird auch von allen Kollegen auf das lebhafteste bedauert, daß die Agitation in diesem Jahre nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat.

Wenn der Kollege Luhs in Nr. 26 des „Proletarier“ in seinen Bildern der Meinung Ausdruck gibt, daß die Grenzstreitigkeiten unter den einzelnen Funktionskreisen der verschiedenen Organisationen ein Hemmnis für die Agitation wären, so trifft das ja zu, aber hier könnte doch durch Verständigung Remedur am Orte geschaffen werden. Anders ist es ja der Fall, wenn gegnerische Organisationen (Christliche, Freie usw.) mit in Frage kommen, und ich glaube, hier wird von unserer Seite viel zu tolerant gehandelt. Wir begnügen uns mit den Auseinandersetzungen im „Proletarier“ auf die Angriffe, die von gegnerischer Seite gemacht werden. Hier sollte man einen andern Weg einschlagen, nämlich den indifferenten Arbeiter die schmutzige Handlungsmethode der Christlichen, Selben und Freie durch zusammengekauft Material in Flugblättern freig vor Augen führen. Es wird wahrscheinlich die Meinung unter einzelnen Kollegen aufkommen, das kann man auch in Versammlungen machen, doch das ist irrig, weil diese Arbeiter größtenteils die Versammlungen meiden. Ich meine, hier könnte der Verbandstag dem Hauptvorstand die Aufgabe geben, von Zeit zu Zeit ein derartiges Flugblatt herauszugeben. Unsere jetzigen Flugblätter für die Papier- und Ziegeleiarbeiter, sowie der Bedarf, sind nicht dazu geeignet, Bewegung in die indifferenten Arbeiter hineinzubringen.

Des weitern kommt ja hinzu, daß die Krisis außerordentlich dazu beiträgt, daß die Arbeiter sich scheuen, die für sie einberufenen Versammlungen zu besuchen, aus Angst, auf das Straßengelächter geworfen zu werden. Selbst die organisierten Kollegen scheuen sich, die Mitgliederversammlungen sowohl, als auch die Agitationsversammlungen zu besuchen. Ich meine, es ist Aufgabe des Verbandstages, Mittel und Wege zu finden, den Gedanken der Organisation mehr und mehr zu befestigen. Und da stimme ich mit dem Kollegen Luhs überein, wenn er meint, es müsse mehr im Kampf Widerstand, Euphorie über das Fortschreiten usw. sein. Hier hat sich selbstverständlich der Hauptvorstand mit einzusetzen, da es dem meisten Zahlreichen nicht möglich ist, das aus eigenen Mitteln zu bestritten.

Kann zu der Grenzstreitigkeitsfrage. Ich meine, es würde doch endlich der Verbandstag der Frage näherzutreten haben: Ist es uns nicht leichter möglich, mit den für uns in Frage kommenden Organisationen (Leinwand, Tabak, Gemeindefreier usw.) ein engeres Bündnis zu schließen, als noch mehr Zersplitterung in unsere Reihen hineinzutragen? Ich möchte hierbei erwähnen, wenn der Verbandstag dazu übergeht, die Landarbeiter zu einer selbständigen Organisation zu machen, die Grenzstreitigkeiten noch mehr um sich greifen werden. Der Verbandstag wird dieses außerordentlich vorzüglich zu prüfen haben.

Daß die Beiträge anbelangt, kann meines Erachtens nicht dazu übergegangen werden, Staffelpreise einzuführen (das heißt für die Landarbeiter müssen ja selbstverständlich niedrigere Beiträge eingeführt werden), weil dabei nichts Erspargliches herauskommen wird. Ich meine, arbeiten wir auf dem Verbandstage ja, daß dort Mittel und Wege geschaffen werden, die zum Nutzen der Kollegen und des Verbandes sind.

Rud. Stelt, Düsseldorf.

Reisegehalt hat recht, wenn er die Bestreben als Schwerepunkt der Organisation bezieht. Ich war im Vorjahre in einem kleinen, dem Städtischen Magistrat, auf Befehl und war erstaunt, daß die freien Gewerkschaften dort noch fast gar keinen Eingang gefunden haben, dagegen die christlichen Gewerkschaften, wozu die Arbeitervereine usw. sehr viel Anhänger zählten. Die Leute waren froh, daß sie einer Organisation angehören, von den freien Gewerkschaften kamen sie nach so gar nichts gehört. Sie bezahlten 30 Pfennig Beitrag pro Woche, erhalten dafür 6 Mk. Krankengeld pro Woche und werden auf dem christlichen Krankenhaus und mit der Krankenkasse zum letzten Ruhestand gebracht. Vorhergehender im Verein ist ein Schiedsmittelbezügler, zweiter Vorsitzender ein Sanitätsrat und dritter ein Volkskulturreferent. Die Arbeiter sind nun „Christ“. Ich habe versucht, den Arbeitern das Unzulängliche und Nachteile eines solchen Vereins klar zu machen und habe damit auch schon Erfolg gehabt, wenn ich mehr Zeit gehabt hätte und schon wieder welche Anlässe zum Weiterbau dagesessen wären. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß es sich hier um ganz jungfräulichen Boden handelt, wo die Saat der freien Gewerkschaften noch keine Früchte tragen kann. Es handelt sich nur darum, geeignete Mittel bereit zu stellen, um hier mit einer internationalen Organisation ansetzen zu können. Mühe unter Verbandsrat dieses Gebiet nicht mehr abzuheben.

R. F. F. F. F.

Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände zu Hamburg.

Der Verbandstag des Gewerkschaftsverbandes ging eine Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände voraus, an der auch die Vertreter der Gewerkschaftsverbände teilnahmen. Dasselbe fand am 20. Juni im Hotel „Hamburg“ statt. Die Besprechungen waren überwiegend innerer Natur. In Bezug auf das Verhältnis der Gewerkschaften zu den

Konsumvereinen hatte der vorjährige Düsseldorf-Gewerkschaftstag eine Resolution beschließen, deren Wortlaut und Begründung zu scharfen Auseinandersetzungen mit den dort vertretenen Gewerkschaften, als auch später in der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Presse führten. Da zu erwarten stand, daß diese Auseinandersetzungen auch auf dem bevorstehenden Gewerkschaftsverbandstag zum Ausdruck kommen und für die Beziehungen zwischen beiden Organisationen mehr nachteilig als förderlich wirken würden, so nahm die Generalkommission vor dem Kongress Beschlüsse, sich über die Tragweite und Auslegung des Düsseldorf-Beschlusses mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu verständigen. Es wurde beiderseits eine Erklärung vereinbart, die dem Eisenacher Gewerkschaftstag zur Beschlußfassung unterbreitet und nach erfolgter Annahme vom Gewerkschaftskongress zur Kenntnis genommen werden sollte.

Nach kurzer Diskussion erklärte sich die Konferenz mit dieser Art der Erledigung der Angelegenheit einverstanden und stimmte ferner folgenden Anträge zu, der dem Gewerkschaftskongress unterbreitet werden soll:

„Der Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Eisenacher Gewerkschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905), nach welchem die Konsumgenossenschaften durch Beitritt und Propagierung der gewerkschaftlichen Bestrebungen aufs tätvollste zu unterstützen sind.“

Weiter wurde die Generalkommission beauftragt, mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine darüber zu beraten, inwieweit seitens der Konsumvereine Unterstützungsrichtungen zu pflegen sind, die auch gewerkschaftliche Interessen berühren.

Sodann wurde ein Antrag auf Unterstützung zur Errichtung eines Arbeitersekretariats in M. Glabach der Erwägung der Generalkommission anheimgegeben.

Ein Gesuch, das Provinzialsekretariat der Gewerkschaftskarteile der Provinz Sachsen und Anhalt zu unterstützen, lehnte die Konferenz ab, weil sie die Anstellung von Provinzialsekretären nicht für notwendig hielt.

Die Entscheidung darüber, ob die Gewerkschaftskarteile befugt sind, obligatorische Beiträge für Gewerkschaftsdauer zu erheben, wurde einer der nächsten Vorstandssitzungen vorbehalten.

Im übrigen beschäftigte sich die Konferenz mit der Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses und schlug einige Änderungen hinsichtlich der Reihenfolge der einzelnen Beratungspunkte sowie die Wahl einer Redaktionskommission für die Vorbereitung des Punktes „Grenzstreitigkeiten“ und zur Abfassung einer geeigneten Resolution vor.

Auch ein Tarifvertrag.

Im Jahresbericht der hessischen Gewerbeinspektion finden wir einen „Tarifvertrag“ abgedruckt, der es verdient, der weiteren Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Der famose Vertrag ist abgeschlossen zwischen der Leinwanderei Gehr. Gräninger in Buzbach und ihren Arbeitern. Ob beim Abschluß des Vertrags irgend eine Arbeiterorganisation mitgewirkt hat, ist uns nicht bekannt, unter dem Vorwand würde es jedenfalls ablehnen, ein solches Monstrum von Vertrag zu unterzeichnen. Aber auch den gegnerischen Gewerkschaften trauen wir es nicht zu, daß sie sich ein Übel mit ihrem Namen drücken, höchstens könnten die katholischen Frachthändler, die ja die Hundebunde für des Arbeiters schönste Tugend halten, daran beteiligt sein. Wahrscheinlich ist aber, daß der Unternehmer diese Willkür ausgeübt und dann einfach „seiner“ Arbeiter aufgedrungen hat. Wir bringen den „Vertrag“ nachstehend voll zum Ausdruck:

Vertrag zwischen der Leinwanderei Gehr. Gräninger in Buzbach und ihren Arbeitern.

Zwischen der Firma Gehr. Gräninger und ihren Arbeitern wurde im Februar 1907 folgender Arbeits- und Lohnvertrag festgesetzt:

1. Die Arbeitszeit dauert gewöhnlich 10 Stunden, und zwar im Sommer (vom 1. April bis 1. Oktober) von vormittags 7 1/2 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr und im Winter (vom 1. Oktober bis 1. April) von vormittags 7 Uhr bis abends 7 Uhr mit zehnwöchiger Pausenunterbrechung. Die Nachschichten, welche gewöhnlich 2 Mann ausführen, sind dazwischen eingelegt. Die Pausen dauern von vormittags 8 1/2 bis 9 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 4 1/2 Uhr, sowie in der gleichen Zeit nachts.
2. Es muß täglich ein bestimmtes Quantum Leinwand oder zu Lein hergestelltes werden, das besonders festgelegt wird, und sind alle hierzu nötigen Arbeiten, vom Auswaschen an der Bahn und regelmäßigen Einarbeiten des Leinwand bis zum Versand des Leinwand nebst den Nebenarbeiten mit Fett, Kläranlagen usw., von den Arbeitern auszuführen, auch sind Feldarbeiten, wie seither, nebenbei mit zu verrichten.
3. Sämtliche Arbeiten sind sorgfältig nach Vorschrift und Angaben der Arbeitgeber auszuführen.
4. Das täglich zu verrichtende Quantum Leinwand ist abhängig auf 7 gutgefüllte Pressen pro Tag bei 11 Arbeitern festgesetzt. Das Fehlen einzelner Arbeiter an einzelnen Tagen bedingt nicht gleich eine Herabsetzung dieses Quantum.
5. Der Arbeitslohn beträgt bis zu 30 Pf. pro Werkstunde, je nach Alter und Fähigkeit, und wird derselbe mit jedem Arbeiter besonders vereinbart.
6. Außerdem erhalten die Arbeiter eine Gesamtvergütung von 60 Pf. für jede 100 Kilo fertigen guten Leinwand. Diese Vergütung wird auf Wochenlohn an sämtliche Arbeiter je nach ihrer Arbeitszeit ausgeteilt und ausbezahlt. Arbeiter, die das Arbeitsverhältnis freiwillig lösen oder durch ihr Verschulden entlassen werden, haben keinen Anspruch auf diese Vergütung. Arbeiter, die ohne ihr Verschulden vom Arbeitgeber entlassen werden, erhalten für ihre Arbeitszeit einen ungefähren Anteil an dieser Vergütung.
7. Dieser Vertrag beginnt am 13. Februar 1907 und endigt am 31. Dezember 1909.
8. Im übrigen gelten noch diejenigen Bestimmungen der Arbeitsordnung, die durch diesen Vertrag nicht aufgehoben werden.

Buzbach-Einwohlerstraße, den 13. Februar 1907.
Unterschrift der Arbeitgeber: _____
Unterschrift der Arbeiter: _____

Also ein Vertrag mit Minimalleistungen und Maximal-Löhnen. Was der Arbeiter täglich leisten muß, ist sorgfältig festgelegt; jeder die Bestimmung getroffen, daß dieses Quantum selbst dann geleistet werden muß, wenn einzelne Arbeiter fehlen. Der Lohn hingegen entspricht jeder Festlegung. Er beträgt bis zu 30 Pf. pro Werkstunde, was ist das für eine lächerliche Formulierung der Höhe für einen Tarifvertrag! Ob es denn den Arbeitern gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß sie mit einer solchen Bestimmung über den Lohnteil zu tun haben? Es ist geradezu traurig, daß solche Verträge noch abgeschlossen werden können. Und es ist fast noch trauriger, daß die Gewerbeinspektion eine solche elende Koridore eines Tarifvertrages in ihren Jahresbericht aufnehmen, ohne auch nur ein Wort der Kritik daran zu finden. Vielleicht kommt sich der Unternehmer ob des Abschlusses noch als moderner, liberaler und anständiger Arbeitgeber. Es gibt ja noch immer zahlreichere Menschen, die die raffinierteste kapitalistische Ausbeutung für den Ausfluß sozialer Gerechtigkeit halten, wenn sie modern frisiert und mit einigen philanthropischen Phrasen behängt ist. Für die Arbeiterkraft ist der vorliegende Vertrag infolgedessen beachtenswert, als sie daraus erkennen kann, wie Verträge aussehen, die von den Unternehmern mit Arbeitern abgeschlossen werden, denen keine Organisation schädlich und schmerzhaft ist.

Aus der Zement- und Ziegeleindustrie.

— **Einige.** Weltlich konträre Dinge herrschen in der Ziegelei von C. Drese in G. G. Drese, die für die Ziegeleiarbeiter, die eine ganze Handvoll bilden. Schon seit Jahren wird von den Arbeitern im Abhilfe gesehen, aber immer vergeblich. Die nachlässigen Aufträge nehmen infolge dessen so zu, daß es die Arbeiter nicht mehr aushalten konnten und deshalb zur Selbsthilfe gezwungen. Sie haben einfach die oberen Enden der Ziegeleiarbeiter, die besonders von Wangen, Herten, ab. Herr Drese war von der Anwendung dieses Abfallmittels, aber nicht sonderlich erbauet, denn er bestrafte die Ziegeleiarbeiter mit einem Lohnabzug. Auch in den übrigen Ziegeleien des G. G. Drese ist es nicht viel besser bestellt. Die Unternehmerräume sind allermählig sehr verfallend. In der Ziegelei G. Drese mangelt es an Schieferplatten. Die Arbeiter sind gezwungen, ihre Lebensmittel auf Dresegeräten zu lagern, wo sie den Fliegen und sonstigen Ungeheuern ausgesetzt sind. Hier muß die dänische Arbeiterbewegung für Pastor Weber aus G. Drese, der ja so viel in der Arbeiterfürsorge macht. Hier muß er auch seine Unterstützung an den Mann bringen, die er sonst den freien Gewerkschaften gegenüber in höchst überflüssiger Weise verweigert. Hoffentlich läßt er sich dieses Arbeitsfeld nicht entgehen, denn dort kann er seine Arbeiterfürsorge einmal praktisch betätigen. — Den Arbeitern und Arbeiterinnen aber rufen wir zu: Haltet euch nicht länger in solch einer erbärmlichen Lage hinwegtäuschen, derartige Vereine sind nur ein Mittel der Unternehmern und ihrer Helfershelfer, um unter Mißbrauch der Religion die Arbeiter in demüthiger Untertänigkeit zu erhalten. Wollt ihr eure Existenz ernstlich verbessern, dann ist euer Platz im Fabrikarbeiterverband.

— **Offen.** Einige fleißige Kollegen unterzogen sich der Mühe, die umliegenden Ziegeleien zu besuchen, um die dort beschäftigten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. In der Nacht kamen 10 Ziegeleien mit etwa 400 Arbeitern, meistens Lipper und Kofener. Zu Anfang wurden den Kollegen bei ihrer Mission keinerlei Schwierigkeiten bereitet, erst als die Ziegeleimeister den Zweck witterten, wurden die Kollegen an die frische Luft gesetzt. Jedenfalls wurde es den Meistern hänge um ihren Profit, den sie auf alle Art aus den Arbeitern herausziehen. Die Arbeiter sind dank der Organisationslosigkeit der Arbeiter noch eine Überläufer; von morgens 5 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr dürfen sich die Arbeitenden bei Hitze und Staub schlafen und wachen, nur um den Wohlstand der Meister und Arbeiter zu verurteilen. Der Lohn schwankt zwar zwischen 24 und 30 Mk., doch erhalten die Hochflüher nur sehr wenige Arbeiter, nur die Blübler oder Handlente der Meister, die dann als Draufgänger die übrigen schlechter bezahlten Arbeiter antreiben müssen. Der Lohn wird aber nicht wie in anderen gewerblichen Betrieben je nach Woche voll ausgezahlt; sie erhalten nur einen knappen Vorschuß, damit sie nicht in Verführung geraten, das Sonntag unter die Menschen zu gehen, oder gar außerhalb der Kantine etwas auszugeben. Den größten Teil des Lohnes müssen sie aber dem Ziegeleimeister bis zum Schluß der Kampagne bargeben, selbstverständlich, ohne Zinsen dafür zu erhalten, denn diese streicht der Ziegeleimeister selbst ein. Die Arbeiter sind alle kontraktlich verpflichtet, bis zum Schluß auszuhalten, sie sind also der Willkür der Meister und Meister vollständig ausgeliefert. Außer dem Vorschuß wird am Schluß der Kampagne noch die Befristung in Abzug gebracht. Die Berechnung der Befristung, ebenso die Berechnung des Lohnes ist aber so verwickelt, daß die Arbeiter gar nicht wissen, was sie verdienen. Ist nun ein Arbeiter durch irgend welche Umstände gezwungen, das Arbeitsverhältnis während der Kontraktzeit zu lösen, so muß er mit dem zufrieden sein, was ihm in die Hand gedrückt wird. Dazu kommt noch das Mißtrauen und die Unmöglichkeit, die unter den Arbeitern herrscht, die von den Meistern noch Anstich geführt wird. Denn die Meister und Unternehmer wissen ganz genau, daß sie die Arbeiter, so lange diese uneinig sind, nicht zu fürchten brauchen. Die Uneinigkeit und Interesselosigkeit der Arbeiter ist der beste Bundesgenosse unserer Ausbeuter; diesen zu bekämpfen und niederzuknüeten, wird auch in Zukunft das Ziel unserer Kollegen sein.

— **Heimat.** Schon in Nr. 27 unres Organisierten rufen wir das Verhalten des Meisters Herrn Hugo Wehrndt der Dampfziegelei Hertel u. Co., G. m. b. H. wohl sind die Mißstände, welche wir rügen, zum Teil beseitigt, doch die Behandlung der Arbeiter selbst des Meisters hat sich noch nicht gebessert. Besonders sind es die jugendlichen Arbeiter, welche unter seiner Brutalität zu leiden haben. Draufschrei wird sein Charakter beleuchtet durch den Ausdruck, den er einem älteren Arbeiter gegenüber tat: „In einer früheren Stelle habe er nur mit dem Offensivmer in der Hand die Arbeiter angetrieben. Sonderbar ist das Verhalten Arbeiterinnen gegenüber, so daß die kuriossten Gerüchte entstehen. Nun ist durch die rigorose Behandlung der Arbeiter doch ein Licht aufgegangen, und der Organisation ist es gelungen, dort festen Fuß zu fassen. Das liegt aber dem Meister schwer im Magen, äußert er sich doch, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Verbändler aus dem Betrieb ist. Wie wäre es aber, Herr Wehrndt, wenn die Arbeiter den Spiel nachziehen? Grund genug hätten sie dazu. Um die Arbeiter nun noch mehr anzutreiben, sollte vorige Woche das Nordlicht eingeführt werden. Aber an der Einigkeit der Kollegen scheiterte dieses Vorhaben. Kollegen, seid auf der Hut! Halbt ist an der Organisation, sucht die Kollegen, welche uns noch fernstehen, zu gewinnen. Einigkeit macht die Kraft!

— **Ein schwerer Unfall** ereignete sich am 26. Juni in der Ziegelei von Deul, Rosenburg u. Co. in Lehm. Einige Arbeiter waren damit beschäftigt, die mit Lehm beladenen Kippwagen, auf der steil ansteigenden Kuffahrt zum Maschinenraum hinaufzuführen. Das teilweise morische Gebälk der Kuffahrt lagte unter der aufgebürdeten Last, so daß die gleichfalls mangelhaften Kippwagen sich bedenklich bald nach dieser, bald nach jener Seite neigten. Plötzlich kippte ein Wagen mit 1 1/2 Kubikmetern Inhalt um und rief den nächststehenden Arbeiter Fr. M. mit zu Boden. Das Geknatter der Kuffahrt wurde dabei demoliert und M. hing nun in einer Höhe von über 4 Metern zwischen Himmel und Erde, den Kopf nach unten, mit den Füßen unter dem Kippwagen festgehalten. In dieser fürchterlichen Lage mußte der Verunglückte so lange verharren, bis eine Pferdeleiste herbeigebracht war, mittels der er dann angeleitet und hochgehoben wurde. Erst dann konnte der Wagen hochgehoben werden, da ein früheres Geben den Sturz des Verunglückten zur Folge haben würde, der in Betracht, daß er mit dem Kopf nach unten hing, jedenfalls den Tod herbeiführen konnte. Ein Fuß ist völlig zerquetscht, während der andere stark gequetscht wurde. Die Kippwagen, die der Verunglückte trug, hatten die ungeheure Wucht des fallenden Wagens erheblich vermindert und damit noch größeres Unheil verhütet. Die Kippwagen waren in die Seitenwände des Wagens tief eingedrückt, und die 30 Millimeter dicke Wand glatt durchgeschlagen. Die Quälen, die der Unglückliche dabei empfand, kommen in seinem Ausdruck: „Ich recht ein Meffer und stecht mich tot“, deutlich zum Ausdruck.

In diesem Betriebe scheint man die Stunden der Arbeiter überhaupt nicht sonderlich zu achten. Die Gleisanlagen, ebenso auch die Kippwagen sind in einem Zustande, daß der Transport des Tons mit Lebensgefahr verbunden ist. So sind die Gleisweichen teilweise verfault, mit der bloßen Hand läßt sich jedes Quantum leicht abbekommen. Die Gleise haben infolgedessen verschiedene Höhen und verschiedene Spurweiten, was das Untappen der Wagen ganz besonders begünstigt. An den Seitenenden (Süden) sind Abstände von über 20 Millimetern vorhanden. Einzelne Schienen- und Gerüststücke sind vollständig losgelöst. An einer Weiche, direkt an der Kuffahrt, ist es die Weichenlange durchbrochen. Mit dem Wagenmaterial ist ebenso bestellt. An einen Teil der Wagen sind Bremsen angebracht, die mit den Füßen bedient werden. Bis aber mit dem Fuße 6 bis 6 1/2 Umdrehungen gemacht werden, ist der Wagen längst umgekippt oder entgleist. Einige Bremsen funktionieren überhaupt nicht, und an den eisenen Kippwagen sind gar keine Bremsen vorhanden. An sämtlichen Wagen sind die Sicherheitsketten zu lang, so daß die Wagen

zu viel Bewegungsfreiheit haben, die bei dem mangelhaften Gleit-
anlagen zum Umkippen führen muß. Ebenso würden an einem
Wagen zwei große und zwei kleine Räder benutzt, die den Boden
nach der vorderen Seite überhängen lassen. Ganz besonders
ist zu bemerken, daß die Stößbollen der Wagen durchgehend
zu kurz sind, so daß der Raum zwischen den einzelnen Wagen zu
gering ist. Die Seitenwände stehen zu allem Überfluß noch so weit
über, daß verhältnismäßig nur eine Leinwand von 70 Millimetern
breite bleibt. Der Arbeiter, der die Wagen zu bedienen hat, kann
sich infolge dessen beim Umkippen der Wagen, noch nicht einmal durch
Abpringen retten, er ist, zwischen den Wagen eingeklemmt, seinem
Schicksal überlassen. Hier bietet sich für die Gewerkschaft ein
rechtliches Mittel. Sämtliche Läger für die Wagen müssen nicht
entgegen diesen Betrieb einer gründlichen Revision zu unterziehen,
bevor er noch weitere Opfer fordert.

Dieser Unfall ist geeignet, den dortigen Biegeleisearbeitern deutlich
vor Augen zu führen, wie wichtig der Arbeiter dem Unternehmer
gegenüber steht, wie er von dem Unternehmer mißachtet wird,
wenn er diesem das tägliche Brot verdienen muß. Nicht nur die
Verletzung und Gesundheit, sondern schließlich werden von ihm auch
sein Knochen und Leben gefährdet. So lange die dortigen Arbeiter
aber ihre Gesundheit und ihr Leben selbst nicht höher einschätzen und
ihre Knochen für ein paar kleine Groschen zu Markte tragen, können
sie von den Biegeleisearbeitern auch keine bessere Behandlung erwarten.
Wagen für sich selbst achten lernen und ihrer Arbeiterpflicht nach-
kommen, dann wird ihnen auch von dem Unternehmer mehr
Achtung entgegengebracht werden.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in **Stettin, Bremen und Guben.**

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in
Schwerden, Frankenthal (Pfalz), Mannheim, Güstrow und Gießfurt.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzu-
halten.

Meißen. Im März vorigen Jahres wurde bekanntlich
zwischen den hiesigen Osenfabrikanten und der dort beschäftigten
Arbeiterchaft, bezug der Leistung des Fabrikarbeiterverbandes ein
Tarifvertrag abgeschlossen. So auch in der Sachsischen Osen-
und Schmelzwarenfabrik. Hier wurde der Vertrag unlängst auf
2 Jahre und zwar bis zum 15. Februar 1909 abgeschlossen. Nun
wird jetzt, nach kaum fünfjährigem Bestehen, von Seiten der Direktion
der Versuch gemacht, durch neue Abordnungen den bestehenden
Tarif zu umgehen, bzw. außer Kraft zu setzen. Dies wird in einer
Weise betrieben, die geradezu Erbitterung in die Arbeiterchaft tragen
muß. Nach der bekannten Devise: „Wer sich nicht fügt, der fliegt!“
werden in der Werkstatt kommenden Arbeitern die neuen Abordnungen
aufgelesen. Die Fabrikation geht vorwärts, die Produktion ist ge-
stiegen, sagt man den Arbeitern und glaubt damit ein derartiges
Vorgehen zu rechtfertigen. Die Arbeiter sind doch wohl die all-
erstem, die, wenn die Produktion derart gestiegen ist, daß mit der
alten Arbeitsweise absolut nicht mehr auszukommen ist, nicht mit
sich reden lassen, aber ein Vorgehen, wie es in dieser Frage von
Seiten der Direktion beliebt wird, verdient die schärfste Zurückweisung.
Man hätte doch wohl zum mindesten erwarten können, daß die
Direktion bei der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
loyalerweise die in Frage kommenden Arbeiter zugezogen hätte.
Aber nichts von alledem! Da werden die Arbeiter auf den Ober-
boden geladen und dort wird ihnen von der Direktion und dem
Vorarbeiter feierlich erklärt, daß am nächsten Morgen in Abord-
nung gerufen wird. So, man geht noch einen Schritt weiter, indem
man sogar noch die Abordnungen den Arbeitern vorliest, und nun
glaubt man, damit die Angelegenheit erledigt zu haben. Ob die
Arbeiter einverstanden sind, ob sie mit den neuen Vereinbarungen
zufrieden sind, ob sie überhaupt gewillt sind, in Abord zu arbeiten,
da sie bis jetzt in Stundenlohn beschäftigt wurden, was kümmert
das alles die Direktion! Danach haben die Arbeiter doch gar nicht
zu fragen! Sie sollen nur die Befehle der gestrigen Herren Vor-
gesetzten ausführen und im übrigen haben sie den Mund zu halten,
denn: „Wer sich nicht fügt, der fliegt!“ Einige Arbeiter, die sich
nicht dem Willen des Direktors fügen, steckt man auf den Hof, wo
sie dort einmal besonders schwere Arbeit leisten zu lassen (wahr-
scheinlich zur Strafe). Dem Herrn Hofmeister scheint es ein be-
sonderes Vergnügen zu bereiten, wenn er sehen kann, wie sich die
Arbeiter schinden müssen, wenigstens über die „Strafarbeiter“ muß
er sich, seinem lachenden Gesicht nach zu urteilen, lächeln mühen
haben, als diese Leute sich mit den 1/2 Zentner schweren Säcken
herumplagen müssen. Wie wäre es denn, Herr Hofmeister, wenn
Sie diese Arbeit für 27 Pf. pro Stunde auch einmal versuchten?
Da es aber trotz dieser Strafarbeit nicht gelungen ist, die betreffenden
Arbeiter unterzukriegen, so hat man sie ganz einfach kündigungslöslich
auf das Strafbauwerk geworfen! Glaubt die Direktion vielleicht,
durch ein derartig schroffes Vorgehen die Arbeiter einzuschüchtern?
Von Seiten der Arbeiterchaft ist alles versucht worden, um eine
friedliche Verständigung herbeizuführen. Der von den Arbeitern ge-
machte Vorschlag, daß eine Kommission in Gemeinschaft mit dem
Arbeiterausschuß und der Direktion in Verhandlungen eintreten
sollte, um auf diese Weise ein für beide Teile befriedigendes Re-
sultat zu gewinnen, wurde von der Direktion strikte abgelehnt. Es
soll eben zu den von der Direktion vorgeschlagenen Abordnungen ge-
arbeitet werden, und wenn dann die Direktion zu der Ueberzeugung
gelangt, daß die Sätze zu niedrig sind, so soll gnädigst etwas auf-
gehohlet werden. Wir erklären nochmals: die in Betracht kommenden
Arbeiter verlangen eine Ausprägung mit der Direktion über die
neuen Abordnungen. Wird dieses von der Direktion zugelassen, dann
hoffen wir bestimmt auf eine friedliche Beilegung der Angelegenheit.
Sollte aber die Direktion nicht darauf eingehen, sondern das be-
scheiderne Verhalten der Arbeiter unberücksichtigt lassen, nun, dann müssen
eben von der Arbeiterchaft auch stärkere Mittel angewendet werden,
und ob das im Interesse der Firma liegt, steht auf einem andern
Blatte! Vor allen Dingen ersuchen wir, Zugang nach Meißen bis
auf weiteres fernzuhalten.

Stettin. Der „Vulkan“ hat für Sonnabend, den 18. Juli,
die Schließung des Betriebes verfügt, weil die Rieter, die schon seit
Anfang Mai regelmäßig täglich 1 1/2 Ueberstunden arbeiten müssen
nun eine Regelung und event. Herabminderung dieser Ueberstunden
nachgeschickt und, weil das nicht zugestanden, die Ueberstunden per-
meigert haben. Die Direktion behauptet, die Arbeit wäre dringend,
die Ueberstunden müßten gemacht werden. Wie man mit der drin-
genden Arbeit die Aussperrung vereinbaren will, ist allerdings
ein Rätsel. Verhandlungen mit den Arbeitern hat die Direktion
abgelehnt.

Langerwände. Bitter gerächt hat sich die Organisations-
losigkeit bei den Arbeitern der hiesigen Kaugummiwerke, die ohne den
Rückhalt einer Organisation in den Streit getreten waren. Von 48
Beteiligten waren 5 organisiert. Der Streit stand am ersten Tage
durchaus günstig, da es aber den Streikenden an der nötigen Aus-
dauer und vor allem an Erfahrung und Disziplin fehlte, mußte der
Streik nach 9-tägiger Dauer ergebnislos beendet werden. Die
Firma scheint jetzt ebenfalls noch Nachse nehmen zu wollen, denn sie
sucht in den Zeitungen Arbeiter, obwohl keine Arbeiter im Betriebe
fehlen. Hoffentlich lernen die Arbeiter aus dem Ausgange dieses
Kampfes und schließen sich dem Verbands an, damit sie in Zukunft
besser gerüstet sind.

Geschäfts-Bericht des Gaus 4

vom 1. Januar 1908 bis 30. Juni 1908.

Die wirtschaftliche Depression machte sich auch in unserm Gau
recht fühlbar. Trotzdem war die Zahl der Lohnbewegungen auch in
diesem Halbjahr nicht gering. In Rücksicht auf die Wirtschaftslage
mußten wir sehr vorsichtig operieren, in mehreren Orten sogar geplante
Bewegungen zu einem günstigen Zeitpunkt zurückstellen. Die

Kollegen waren in den meisten Fällen — nicht im engeren — ein-
seitig genug, sich mit der Durchsetzung einzelner Forderungen zu erklären.
Neben die erwähnten Bewegungen geben wir nachstehend einen kurzen
Bericht:

Stettin. Hier machten die Herren Bauunternehmer einen
Anspruch. Unter an Bauten beschäftigten Mitglieder hatten bis dato
einen Stundenlohn von 28 bis 37 Pf. Nun „legalisieren“ die
Bauunternehmer die Abgabe, indem man schlarwig die Abgabe auf
28 Pf. die Stunde herabsetzt. Unsere Kollegen wollten sich dies nicht
gefällen lassen und traten in einen Abwehrkampf ein. Nach sieben-
wöchentlichem Kampfe mußte dieser Abwehrkampf abgebrochen werden,
ohne den Lohnabzug abgeblieben zu haben. Bei passender Ge-
legenheit werden wir uns mit den Unternehmern zusammenfinden. —
Die beiden Kompartimentarbeiter, welche nun in guten Stellen circa
300 Arbeiter zusammen, beschäftigten, kauft die Frau Geld als
Anloß zu einem Lohnabzug. Es wurden sämtlichen Arbeitern und
Arbeiterinnen 4 Prozent abgezogen. In Betriebsversammlungen
nahmen wir dazu Stellung, da die Organisation besonders in dem
einen Betriebe zu schwach war, konnten wir gegen jenen Abzug nichts
unternehmen.

Stettin. Bei den Schneidemühlener Arbeitern in Köslin herrschte
unzufriedenheit über Lohn- und Arbeitszeit. Mit diesem Zustande
auszukommen war notwendig. Wir reichten deshalb bei jenem
Schneidemühlener Besitzer, der bis dato die schlechtesten Lohn- und Ar-
beitsverhältnisse in seinem Betriebe hatte, eine Forderung auf Regu-
lierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. Der Unternehmer erklärte,
er könne allein nicht verhandeln, er müsse erst seine Kollegen fragen.
Er versprach dann, unserer Forderung, eine gemeinsame Sitzung mit
den sämtlichen Schneidemühlenern zu arrangieren, nachzukommen.
Es haben denn auch mehrere gemeinsame Sitzungen stattgefunden.
Schon in einer der ersten Sitzungen drohte ein Unternehmer uns
mit einer allgemeinen Aussperrung sämtlicher Arbeiter von Köslin,
falls wir uns nicht einigten würden. Wir machten darauf aufmerksam,
daß seit 1901 und 1903 die Stellen sich gewaltig geändert hätten,
worauf der Herr schwieg. Es wurde dann ein Tarifvertrag be-
stehen, in dem die Unternehmer das Wort „täglich“ absolut mit auf-
genommen wissen wollten. Nachdem ihnen mitgeteilt worden, daß
die Vertreter der Bauunternehmer bei den Verhandlungen in Berlin
das Wort „täglich“ auch fallen gelassen hätten, hielten die Herren
es auch nicht mehr aufrecht. Entschieden ablehnend verhielten sie
sich auch gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Schließlich gaben
sie auch hierzu nach, indem dieses Jahr eine halbe Stunde den
Tag weniger gearbeitet wird, und im nächsten Jahr eine Stunde
den Tag. Ferner wurden die Lohnsätze für dieses und nächstes Jahr
geregelt und erhöht; auch die Renten werden für die Zukunft be-
zahlt, falls in den Pausen gearbeitet werden muß. Es wurde ein
Tarif auf 2 Jahre abgeschlossen. Neben wir einige Jahre zurück,
so waren es gerade jene Herren, mit denen wir tarifliche Verein-
barungen getroffen haben, die jegliche Verhandlung mit der Organi-
sation ablehnten. So ändern sich die Zeiten! Bei dem Unter-
nehmer Schawert wurde der Tarif gekündigt, ein neuer jedoch
nicht abgeschlossen, weil der Unternehmer neue Zugeständnisse nicht
machen wollte. In der Zeitschrift von Leipzig kam es zu einer
kurzen Arbeitsniederlegung. Es sollten die Abordnungen reduziert
werden. Nach einer Verhandlung mit dem Besitzer wurden jedoch
die alten Sätze weiter bezahlt. Wir waren dann noch an einigen
Lohnstreiks beteiligt, die aber nach wenigen Tagen zugunsten
der Arbeiter beendet wurden.

Stettin. In der Steinschleiferei von Schilling war der
Tarif gekündigt worden. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem
Besitzer kam es zum Abschluß eines neuen Vertrags. Die darin
vereinbarten Lohnsteigerungen treten aber erst mit dem 1. Januar 1909
in Kraft.

Güstrow. Die Arbeiter der Zuckerfabrik (Chemische Fabrik)
haben infolge ihrer Organisationslosigkeit eine kleine Lohn-
erhöhung erhalten. Zu dem Geschäftswert des Herrn Martini kam
es mehrere Male zu Differenzen. Jener Herr hat mit dem Metall-
arbeiterverband und uns einen Tarif abgeschlossen, worin nichts von
Arbeitszeit steht. Diesen Tarif suchte der Unternehmer durch Ein-
führung der Akkordarbeit zu umgehen, obgleich nicht die geringsten
Vorrichtungen dazu vorhanden sind. Auch wurden ältere Arbeiter
gemäßregelt, wenn sie nicht in Akkord arbeiten wollten. Alle Vor-
stellungen nützten nichts, und so kam es zur Arbeitsniederlegung, die
zurzeit noch dauert. In einem Holzbearbeitungsbetriebe reichten wir
mit den Holzarbeitern zusammen Forderungen ein resp. ließen sie
durch einen Arbeiterausschuß der Firma überreichen. Doch es kam
nicht zur Verhandlung, weil der Firmeninhaber erklärte, daß er die
Forderungen nach der Inventurabnahme bewilligen wolle.

Schwann. Die Tarife mit den Zeigeleisearbeitern wurden ge-
kündigt, in den neuen Tarifen aber nur geringe Verbesserungen
erreicht. In einem Betriebe kam es zwischen Weistern und Bieglern
zu Differenzen, welche aber bald zur beiderseitigen Zufriedenheit er-
ledigt wurden.

Stettin. Die Arbeiter der Zementfabrik von Sperling
kündigten den Tarif. Zum Abschluß eines neuen ist es noch nicht
gekommen, die Kollegen arbeiten unter den alten Bedingungen, aber
ohne Tarif weiter. Bei der Zementfabrik von Meißel reichten die
Kollegen Forderungen auf Lohnsteigerung usw. ein. Jene Kollegen,
die die Forderungen unterzeichnet hatten, wurden gemäßregelt. Da
die Lohnsteigerung abgelehnt wurde, kam es zur Arbeitsniederlegung,
die noch nicht zu Ende geführt ist. Die Arbeiter der chemischen
Fabrik kündigten in diesem Jahre ihren Tarif nicht, derselbe läuft
somit ein Jahr weiter. Diese Kollegen bestanden es, sich den Ver-
hältnissen anzupassen.

Bonnenerdorf. Hier waren es die Kollegen der chemischen
Fabrik, welche den bestehenden Tarif kündigten. Da die Kollegen in
wenig wichtiger Weise operiert hatten, die Kündigung des Tarifs,
die ohne Wissen und Willen des Vorstandes erfolgte, auch schon ein
Fehler war, konnten wesentliche Verbesserungen bei Abschluß des
neuen Vertrags leider nicht erzielt werden.

Bönigsberg. In einer Seifenfabrik reichten die Kollegen
Forderungen ein. Die Forderungen führten zu einem Streit und
der Streit zu einer Niederlage. Streik und Niederlage hätten ver-
mieden werden können, wenn nicht durch Preisnotizen in die Be-
wegung hineingeführt worden wäre.

In **Waldorf** sind die drei Lohnsätze nicht gekündigt und
laufen somit ein Jahr weiter.

Remel. Auf einer Schneidemühle legten die unorganisierten
Arbeiter die Arbeit nieder, weil sie mehr Lohn haben wollten. Unsere
Kollegen gingen mit aus dem Betriebe. Nach einigen Tagen mußte
die Arbeit wieder aufgenommen werden, weil die Mehrzahl unorgani-
siert war.

Wolgast. In der Wolgaster Holzindustrie kam es in der einen
Abteilung zum mehrtägigen Streit, weil der Direktor Akkord einzu-
führen versuchte, wobei die Leute aber nichts verdienen konnten. Die
Akkordarbeit wurde zurückgezogen und wieder in Lohn gearbeitet.
Derselbe Direktor schloß später mit uns einen Tarif ab, wodurch die
Kollegen einige Pfennige die Stunde mehr verdienen, auch wurde
die Sonntagsarbeit und Nebenarbeit geregelt. Wenn uns ein Betrieb
in diesem Jahr zu schaffen gemacht hat, dann war es die Wolgaster
Zementfabrik. Es erübrigte sich wohl, noch einmal den ganzen Ge-
gang zu schildern. Der dreijährige Kampf hat uns den
Erfolg gebracht, daß den Kollegen jetzt nichts mehr in den Weg gelegt
wird, wenn sie sich organisieren wollen.

Reußheim. Für unsere Reußheimer Kollegen, soweit sie an
Bauten und Kunststeinfabriken beschäftigt sind, reichten wir wieder
die im vorigen Jahre zurückgestellten Forderungen ein. Auch in diesem
Jahre scheint man nichts bewilligen zu wollen. Während oder im
vorigen Jahre Verhandlungen überhaupt abgelehnt wurden, haben
wir in diesem Jahre die Herren soweit bekommen, sich mit uns in
Verhandlungen einzulassen. Die Verhandlungen schweben zurzeit noch.

In allgemeinen müssen wir sagen, daß die Erfolge in diesem Halb-
jahr wohl recht erfreulich sind, aber doch hinter denen des Vorjahres
zurückstehen; eine Folge der Krise. Eins können wir uns Freunden
leisten: Es ist trotz der wirtschaftlichen Niedergänge gelungen, das,
was im vorigen Jahre durch Tarife errungen und festgelegt wurde,
zu erhalten, zum Teil noch zu verbessern. Die Krise hat uns nicht
nur nicht zurückgeworfen, nein sie hat uns nicht einmal zum Still-

stand gezwungen, sie hat nur unsere Vormarsch verlangsam. Das
ist ein glänzender Beweis für die Stärke und Leistungsfähigkeit, für
den wachsenden Einfluß des Verbandes.

M. Wiefenbätter.

Korrespondenzen.

* **Büch. i. B.** Unter Nr. 27 des „Proletarier“: „Konferenz
der fränkischen Zahlstellen“ konnte es die Redaktion nicht unterlassen,
dem Schreiber des Artikels ein auszusprechen. Unter anderem heißt
es: „Wir kommen dem Beschluß nach und unterbreiten den Mit-
gliedern die weiterführende Aufgabe, daß im Bereich der fränkischen
Zahlstellen bisher zu wenig geschehen und daß in Zukunft mehr ge-
schehen soll.“ Als Vorsitzender jener Konferenz sehe ich mich ber-
eignet, einige Worte zur Nachschrift der Redaktion zu schreiben.
Erstens ist mir nichts bekannt, daß ein Verbandstagsbeschuß vor-
liegt, der bestimmt, daß Zahlstellenkonferenzen nach und nicht vor dem
Verbandstag stattfinden sollen. Ein Beschluß, der die Gattung be-
trifft, liegt vor. Ferner heißt es: „Ueber das Wie und Was zu
beraten, hat die Konferenz wahrscheinlich nicht Zeit gehabt, hopen-
lich erfahren wir das zu gelegener Zeit, denn das ist wichtiger,
wie der ganze Bericht.“ Nun, ich will hier lediglich damit dienen.

Wenn der Schriftführer jener Konferenz in seinem Bericht nur
Andeutungen gegeben hat, so mag das daran liegen, daß etwas
Rückblick gegen den Gau vorliege, sowie gegen den Gauleiter ge-
nommen wurde. Seit Bestehen der fränkischen Zahlstellen, ungefähr
6 Jahre, hat die Agitation lediglich den einzelnen Zahlstellenleitern
überlassen. Wenn nicht unsere Mitglieder aus dem „Proletarier“ sehen
würden, daß auch bei uns ein Hauptzweck besteht, so würden die
meisten überhaupt nicht, daß ein solcher vorhanden ist. Wenn weiter
der Kollege Drey, noch irgend ein Mitglied aus dem Gauvorstand
hat sich bis jetzt noch in die fränkischen Zahlstellen verwickelt. Was
unserm Gauleiter anbelangt, so muß zugegeben werden, und das
hat auch die Konferenz anerkannt, daß er in den ersten Jahren seines
Regierungsamtes sein möglichstes geleistet hat in bezug auf Agitation.
Wenn das jetzt nicht mehr in dem Maße geschieht, so mögen zwei
Faktoren hier mitspielen. Erstens ist Kollege Stammer in der Zahl-
stellen Wänden stark in Anspruch genommen, zweitens hat man die
unangelegte Mäßigkeit von oben nicht zugelassen. (?) Nun zu
den praktischen Vorschlägen. In Mittelranken besteht ein ausge-
dehntes Agitationsfeld für uns. Eine ganze Anzahl chemischer Fab-
riken, Zeigeleien, Zementfabriken, Metallzweierien usw. bedürfen
noch der Organisierung. Es war uns bis jetzt nicht möglich, in der-
selben größeren Industrieorten Fuß zu fassen, und das liegt
daran: Erstens weil der Gauvorstand viel zu knauserig ist in bezug
auf finanzielle Unterstützung. Unsere Agitation kostet Geld. Wenn
einmal ein Referat gehalten wird, damit ist nicht gebient, wenn dann
nicht weiter gearbeitet werden kann. Zweitens fehlt es an den
agitatoren Kräften. Ist es gelungen, in irgend einem Industrieort
eine agitatorische Kraft zu entdecken, hat der betreffende das Zeug
dazu und gibt sich als Vertrauensperson her, so bleiben die Folgen
nicht aus: der betreffende wird gemäßregelt. Hier ist es wieder der
Gauvorstand, der dann mit der Gemäßigtemunterstützung knauserig.
12 Mt. Unterstützung, gleichviel, ob der betreffende 30 oder 35 Mt.
verdient. Daß unter diesen Umständen die meisten wieder die Hände
ins Rosen werfen, ist begreiflich, und ein weiterer gibt sich überhaupt
nicht mehr dafür her. Die Mitgliederzahl geht wieder zurück oder
verschwindet ganz. Dann wird vielleicht nach einem Jahr die
Agitation von neuem betrieben, und in den meisten Fällen ist es
dann schwer, wieder Fuß zu fassen. Wenn vielleicht eingeworfen
wird, zur Agitation ist der Gauleiter da, so sei bemerkt, daß mit
einem bloßen Referat allein nichts gebient ist, hier heißt es, beständig
dahinter sein, wollen wir auch Fortschritte zu verzeichnen haben.
Das ist das Wie und Was (??), das die Konferenz besprochen hat,
um erfolgreiche Agitation betreiben zu können.

J. A. : Koch,
Vorsitzender der Agitationskommission.

* **Söck.** Ueber Krise und Organisation referierte Gen. G. H. L. e. r.
Frankfurt in einer vom Fabrikarbeiterverband Höchst in Rodenhäuser
einberufenen öffentlichen Versammlung. Die Arbeiter der Staniol-
fabrik Oppheim waren fast alle vertreten. Zu dem starken Besuch
hatte das Vernehmen der Inhaber der Staniolfabrik sehr viel beige-
regelt. Die Firma hatte den Arbeitern vor einiger Zeit 10 Proz. a.
Lohnreduzierung in Aussicht gestellt. Die Arbeiter waren
damals einmütig diese Zumutung zurück und schloffen sich der Orga-
nisation an. Letzteres scheint der Firma ein Dorn im Auge zu sein
und sie versucht auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen, indem sie durch
Einstellung von Italienern die einheimischen Arbeiter drückt und
dadurch ihrem Willen genügt machen will. Der schlechte Geschäfts-
gang, so hieß es damals, bedinge die Lohnreduzierung. Daß dem
nicht so ist, beweist der Umstand, daß die Firma den langjährigen
Arbeiterinnen Löhne von 1.80 bis 1.90 Mt. zahlt, während die neu-
eingestellten Italienerinnen 1 Mt. nebst freier Kost und Logis er-
halten. Jedenfalls beträgt der Naturalwert und das Logis mehr
als 90 Pf. pro Tag. Die unlaute Abmieten der Firma treten hier
deutlich zutage und das Gejammer von hohen Löhnen, Unrentabilität
des Geschäfts usw. wird von der Firma selbst aufs treffendste
widerlegt. — Der Referent ging in seinen Ausführungen in leicht
verständlicher Weise auf die verschiedenartigen der Produktions-
formen, zuletzt auf die kapitalistische ein. Eine Begleiterscheinung
letzterer seien die periodisch wiederkehrenden Krisen, unter denen die
Arbeiterchaft die Unternehmervirtschaft am meisten verpörr. In der
hochkonjunktur werde der Unternehmer gezwungen, die Löhne zu
erhöhen. Diese Erhöhung wolle dann der Kapitalist in Zeiten der
Krisis wieder bereinigen. Die Arbeiterchaft habe deshalb schon in
den letzten Jahren Kampforganisationen geschaffen. Trotz der
Bekämpfung seitens der Regierung und Unternehmer seien dieselben
zu einer stattlichen Anzahl von 2 Millionen Köpfen in Deutschland
angewachsen.

Die jetzige Leutung werde von den Spießern den organisierten
Arbeitern in die Schuhe geschoben, da nach ihrer Ansicht die hohen
Löhne diese Leutung bedingten, in Wirklichkeit werde sie aber durch
die Agrargefugebung, sowie die Profitgier der Kräfte und Syn-
dikate hervorgerufen. Reicher Verkauf lohnte den Redner. Kollege
Duch gab sodann bekannt, daß 15 italienische Arbeiter eingestellt
worden seien, jedenfalls um im Notfall dem Unternehmer Hilfsdienste
zu leisten. Dies müsse verstillt werden, indem auch die italienischen
Kollegen über die Verhältnisse aufgeklärt werden müßten. Dies sei
ganz gut möglich; habe doch das italienische Proletariat bemerkt,
daß es am allerwenigsten sich zu Handlangerdiensten der Kapitalisten
gebrauchen ließe. Mit einem Appell an die Anwesenden, der Orga-
nisation treu zu bleiben und neue Kämpfer zu gewinnen, be-
sonders aber für Ausbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen,
wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Den Referat im Schwandeln
hat zweifellos eine gut patriotisch gesinnete Kriegerveteran geschlagen, die
in „Deutschen Kamerad“, Zeitung der Kriegerveteranenvereine
Dassia, folgendes „Eingekandt“ verappt:
„Zu sagen, wie heute und früher die Führer der freien, sozial-
demokratischen Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstehen, will ich
einige Beispiele anführen. 1899 wurde hier, in Erzhausen, eine
Zahlstelle der Bauhilfsarbeiter-Organisation gegründet. Vorsitzender
war G. Wannemacher IV. Von unsern Kollegen ging einer vom
Militär ab, kam nach Hause, altertümlich, unter fremden
Leuten zu leben und Kost und Logis zu bezahlen. Einmal Tages
lagte er mir keine Not und fragte, ob es, da die Zahlstelle 75 Mt.
Vollgehalt habe, nicht möglich sei, daß die Zahlstelle ihm in seiner
Not helfe. Ich schrieb an die Hauptstelle in Hamburg und erhielt
den Bescheid, daß dem Kollegen keine Unterstützung gegeben werden
dürfe, da man in Hamburg selbst sehr viele arbeitslose unter-
stützungsbedürftige Kollegen habe. In Langen war der Vorsitzende
der Zahlstelle, H. Krieg, krank. Der Langen erklärte ihn als invalide
beranzurechnen geisteschwach. Die Langen Kollegen wollten ihm

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1908.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl (männl., weibl., zusammen), Zu- oder Abnahme gegen das 1. Quartal 1908, Arbeitslose Mitglieder (männl., weibl., auf), and Bon den Arbeitslosen bezogene Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal) (a) am Orte, (b) auf der Reise.

unterstützt haben aus den Mitteln der Zahlstelle, aber auf das Gefühl an die Hauptstelle kam folgende Antwort: „In Betreff des Sammelwagens für den Kollegen Hh. Krieg muß ich leider mitteilen, daß der Vorstand in dieser Sache nicht eingreifen kann, und sie der Zahlstelle überlassen muß.“

Es ist ganz verständlich, daß die Arbeiter ihre Ausnutzung nicht begreifen wollen und sich von einem Zukunftsstaat vorpredigen lassen, den die Herren Führer selbst beschreiben.

Ein Kamerad, der in der Organisation war. Die „Metallarbeiter-Zeitung“, der wir diese Ausführungen entnehmen, schreibt dazu:

Bei dem Schreiber dieses Nachwerks ist die Schwindelucht schon ins Geistesvermögen eingeschlagen. Wir dürfen annehmen, daß sein Erguß bei allen Kollegen, die mit der Arbeiterbewegung und besonders mit der Geschichte unseres Verbandes auch nur ein wenig vertraut sind, in der Hauptsache eine ergeternde Wirkung ausgeübt haben wird. Was den Paulistatbeiterverband betrifft, so können wir es dessen Meinung gern überlassen, ob er die Angriffe auf ihn einer Antwort würdigen will.

Ein Verband der Polizeibeamten.

Die „Kölnische Post“ vom 30. Juni bringt einen Bericht über die am 23. Juni erfolgte Gründung eines „Kölnischen Polizeibeamten-Verbandes“. Dem neuen Verbande waren sofort 917 Mitglieder beigetreten.

Die Anzahl der „P. S.“ ist sehr mit folgendem Satze: „Möchten wir alle noch fernstehenden Polizeibeamten baldmöglichst zur Gründung des Verbandes anzuregen, gegen dessen Gründung selbst ich keine Einwände habe.“

Delegiertenwahl zum 9. Verbandstag.

In der Hauptwahl wurden noch gewählt: 18. Wahlkreis. Emil Großmann und Albert Höpner, Leipzig. 19. Wahlkreis. Franz Brand, Chemnitz. 20. Wahlkreis. Emil Höpner, Leipzig.

- 63. Wahlkreis. M. Schwarz, Hamburg. In der Stichwahl gewählte Delegierte: 1. Wahlkreis. H. Deulshausen, Hannover. 2. Wahlkreis. Otto Höft, Magdeburg. 3. Wahlkreis. H. Fiedler, Minden. 4. Wahlkreis. D. Etlisch, Roswig. 5. Wahlkreis. Fr. Böge, Schleusig. 6. Wahlkreis. S. Haug, Dresden. 7. Wahlkreis. Aug. Lamsch, Leipzig. 8. Wahlkreis. R. Berndt, Gilenburg. 9. Wahlkreis. E. Winkler, Mählgau a. E. 10. Wahlkreis. Max Bollermann, Landsberg a. W. 11. Wahlkreis. R. Wendlandt, Steint. 12. Wahlkreis. A. Maier, Augsburg. 13. Wahlkreis. G. Hirz, Mundenheim. 14. Wahlkreis. Ph. Hahl, Sauerheim. 15. Wahlkreis. J. Kirchner, Seligenstadt. 16. Wahlkreis. S. Schumann, Kassel. 17. Wahlkreis. A. Hammer, Duisburg. 18. Wahlkreis. B. Schulz, J. Druhs, J. Kahl und Fr. Vogt, Hamburg. 19. Wahlkreis. H. Bunke, Striegau.

Achtung, Verbandstagsdelegierte!

Die Delegierten zum Verbandstag werden in München am Zentralbahnhof von Kollegen, die durch rote Abzeichen kenntlich sind, abgeholt werden. Erwünscht ist, daß die Delegierten dem Verbandsbureau, München, Blumenstraße 43, 2. Etage, mit welchem Zuge sie eintreffen.

Verbandsnachrichten.

Vom 14. Juli ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein: Maudach 187,94. Ulfeld 150.—. Elmshorn 1459,92. Karlsruhe 605,10. Volmstedt 387,62. Badenhausen 349,96. Hahn b. Pf. 221,50. Jpehoe 221,13. Erfurt 190,79. Al-Anheim 179,38. Allen 145,92. Krefeld 109,21. Eichenach 101,58. Wiere 96,58. Lergau 79,94. Anklam 52,44. Gräfenhausen 42,64. Goldberg i. Schl. 31,98. Worms 26,76. Fritz 23,94. Landau 15,70. Gr.-Möden 10,94. Jepsau 60.—. Wismar 251,80. Greifswald 161,92. Neustadt b. R. 88,38. Großenhain 73,57. Neu-Debernitz 21,90. Dessau 1319,70. Belgard 800.—. Harburg 800.—. Westerland 326,54. Stadelndorf 299,30. Sebnitz i. S. 282,88. Ebersdorf 262,50. Köthen 253,66. Striegau 239,94. Lunzenau 155,04. Niederbodeleben 150,94. Naumburg a. S. 116,56. Goslar 100.—. Grimma 73,76. Soltau 19,50. Nierwied a. S. 4,50. Ludwigshafen 974,42. Eilenburg (S.-A.) 800.—. Weimar 253,53. Beuthen 247,03. Schlutup 181,40. Hageloh 119,66. Jagnitz 119,31. Gröbenberg (S.-A.) 53,21. Brunsbüttelkoog 672,32. Sommerensdorf 624,26. Offenbach 545,09. Roslau 508,30. Barmen 457,76. Weissenfels 386,29. Kassel 341,42. Bielefeld 248,06. Bodenwerder 179,12. Tüft 111,60. Detmold 102,30. Osnabrück I 40,38. Sandhofen 17,98. Zwickau 400.—. Apertade 243,22. Baugen 179,28. Wildenfels 37,68. Jodgrün 10,22. Eggefin 4,28. Leipzig 2,40. Altona-Ottenen 1630,89. Cosselstedt 800.—. Markranstädt 970,52. Kenjefeld 770,18. Thal a. Harz 400.—. Mählgau a. E. 324,60. Blankenburg a. S. 200.—. Neu-Jenburg 187,18. Lauenburg 176,76. Goslow 73,56. Lebbin 70,14. Breslau 300.—. Liegnitz 262,11. Leisnig 245,88. Barunstedt 97,35. Königs-Lutter 11,90. Gößl a. M. 1598,62. Weimen 131,10. Baris 5,06. Glückstadt 943,30. Leipzig 800.—. Görlitz 484.—. Dömitz 254,82. Radeburg 212,70. Gavelberg 212,50. Sommerfeld (R.-S.) 196,82. Burg a. S. 132,70. Roschendorf 128,68. Radeburg a. S. 122,49. Schönungen 95,53. Treuenbrietzen 70,80. Beer 13,74. Vaußigt 4,20. Schluß: Montag, 20. Juli, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1908 haben eingelaufen: Altona, Nürnberg, Kiel, Groß-Möden, Kempten, Landsberg, Witten a. S. (1. und 2. Quartal), Erfurt, Götting, Neu-Debernitz, Greifswald, Striegau, Jepsitz, Westerland auf Sylt, Glauchau, Chemnitz, Jpehoe, Krefeld, Neu-Debernitz, Goldberg i. Schl., Welfenstein, Lergau, Bries b. Br., Gräfenhausen, Eichenach Osnabrück II, Wiere, Hahn Worms, Roslau, Volmstedt, Anklam Harburg a. E., Neustadt a. d. Oker, Niederbodeleben, Soltau Naumburg, Ebersdorf, Goslar, Altona, Kassel, Harz, Stadelndorf, Klein-Anheim, Mannheim, Friedland, Ludwigshafen, Dessau, Laut, Lübeck, Schlutup, Leer, Roslau, Weissenfels, Osterwerda, Bielefeld, Greppin Sommerensdorf, Mählgau a. E., Lützen, Bedel, Bodenwerder, Badenhausen, Sandhofen, Brunsbüttelkoog, Dagersheim, Baugen, Jodgrün, Bodeleben, Apertade, Eggefin, Zwickau, Neustadt b. R., Götting, Kassel, Krefeld, Markranstädt, Kenjefeld, Goslow, Wildenfels, Gröbenberg, Grimma, Osnabrück I, Eichenbach a. Kain, Liegnitz, Braunschweig, Treuenbrietzen, Wismar, Weissenfels (1. u. 2. Qu.)

Neu-Jenburg, Königs-Lutter, Lauenburg, Sebnitz, Weimar, Salzwedel, Lorch, Detmold.

Gau 2, Sachsen und Thüringen (Stitz Dresden). Die Zahlstellen hat in ihrer Mehrzahl für den Vorschlag des Gauvorstandes votiert. Wir berufen nunmehr für Sachsen auf den 30. August, vormittags 10 Uhr, ins „Volkshaus“ zu Dresden, für Thüringen auf den 6. September, vormittags 10 Uhr, ins „Volkshaus“ zu Erfurt eine Konferenz ein. Alles Nähere durch Zirkular. Es ist Pflicht aller Zahlstellen, die Konferenz zu besuchen. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand. J. A.: Gustav Reuring.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. 143 257. Heinrich Dörrier, eingetreten am 1. Juli 1906 in Holzwinden. 79 561. Gustav Biechmann, eingetreten am 18. April 1901 in Kellinghusen. 217 099. Ludwig Klabosch, eingetreten am 8. November 1906 in Breslau. 171 662. Johann Müller, eingetreten am 1. Mai 1906 in Hannover. 329 298. Hugo Kaiser, eingetreten am 20. Mai 1908 in Düsseldorf.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Andernach. Josef Maxeiner, Füllweber 2. Oberbach i. B. Moriz Krone, Albersstraße 217 o. Osterwerda. Max Müller, Viehla 6. Osterwerda. Gollnow. Robert Fuhrer, Bollinerstraße 11. Goslar. Ernst Colwig, Abzug 23, 2. St. Langelsheim. Heinrich Stems, Am Papiergarten. Mühlhausen. Friedrich Buchmeier, Bindenstraße 4. Neu-Jenburg. Philipp Weber, Hirtengasse 24. Soltan. August Seberitt, Breidingsstraße 521. Stuttagart. Geschäftsführer Bruno Grelmann, Wobstraße 11 in Rannstatt. Wolfen, Hr. Witterfeld. Wilhelm Zahn, Leipzigerstraße 111. Worms. Georg Groß, Mählgasse 12.

Briefkasten. H. B. Berichte über solche Vorlesungen sind der Redaktion selbstverständlich erwünscht. Aber sie müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen, auch müssen Zeugen angegeben sein. B. in Weihen. Du irrst, lieber Freund; der „Proletarier“ ist kein Organ für Kraftausbrüche. W. in L. Bericht war sehr gut, hat, wie du siehst, auch sofort Verwendung gefunden.

Inserate.

Gau 4. Sonntag, den 30. August: Gaukonferenz zu Köslin

im Lokale des Herrn Krause (Kaiserergarten). Die Konferenz beginnt punkt 9 Uhr vormittags. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Gauleiters. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht der Revisoren. 4. Unser letzter Verbandstag und dessen Beschlüsse. 5. Beratung der gestellten Anträge. 6. Wahl des nächsten Konferenzortes. 7. Verschiedenes. Der Vorstand des Gaus 4. NB. Jede Zahlstelle bis zu 100 Mitgliedern wählt 1 Delegierten, bis 450 Mitglieder 2, und über 500 Mitglieder 3 Delegierte. D. O.

Gau 7. Sonnabend, den 5., und Sonntag, den 6. September: Gaukonferenz zu Schwebingen

im Lokale „Zum wilden Mann“. S. A. S. Prüll. 1.05.4) Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Hamburg. Berichterstatter: Kollege Postmann, Elmshorn. 2. Parteibericht. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Wahl eines Bezirksführers. 5. Verschiedenes. [2.25.4) Kollegen und Kolleginnen erscheint zahlreich. Der Vorstand.

Zahlstelle Osterholz-Scharmbeck. Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr: Mitglieder-Versammlung

im Lokale der Wwe. Wohlmann (Zentralhalle). Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wir, Kollegen von Osterholz-Scharmbeck sind eingeladen, hinein in die Versammlung! [1.35.4) Die Bevollmächtigten.

Waltershausen und Umgegend. Versammlungen

haben statt in den Orten: Waltershausen, Wüdrath und Göttha am 1. August, abends; in Stutzhaus, Tambach, Finsterbergen, Langenhain, Hängegau, Wahnwinkel, Eckhardts-hausen, Rütchen und Gräfenhain am 2. August, nachmittags 3 Uhr. Bekanntgabe des Lokals, Tages und der Referenten ist den Orten überlassen. Regen Besuch erwartet. [1.65.4) Die Ortsverwaltung.

Aus der chemischen Industrie.

Vom Schlachtfelde der chemischen Arbeit im Jahre 1907.

Es muß doch schließlich den stumpfsten Menschen aufzeigen, wenn er Jahr für Jahr in grauenhafter Regelmäßigkeit aus den Jahresberichten der staatlichen Unfallversicherung die langen Zahlenreihen der Industriepfer aufmarschieren sieht, und dabei, wie eben jetzt wieder, die tröstliche Versicherung in den Zeitungen liest, daß auch die Bloßregierung nicht entfernt an eine gründliche Verbesserung dieser Zustände denkt, etwa durch Uebertragung der Unfallversicherung und Unfallfürsorge, der Unfallverhütung und Unfallaufsicht an Verwaltungskörper, in denen die Arbeiter als Opfer wirklich etwas mitzureden haben, wie etwa die Ortskrankenkassen. Es bleibt trotz aller schreienden Tatsachen auch unter Bülow beim alten Bismarckschen Rezept, daß die Unternehmer „Hüter“ und Verwalter der Unfallversicherung sind, was natürlich noch viel schlimmer ist, als wenn man den Bod im schönsten Garten zum Gärtner macht. Viel schlimmer deshalb, weil der Bod doch wenigstens nur Pflanzen verwüsten kann und ein Tier ist, das bei seiner Verwüstung nicht auch noch Profit sucht, zwei Dinge, die man bei unsern Unternehmern leider nicht behaupten kann. Sie verwüsten ganze Menschengenerationen, und je gewissenloser sie verwalten, desto mehr Profit haben sie. Der neueste Verwaltungsbericht der chemischen Berufsvereinsvereine für 1907 redet laut und vernachlässigend von dieser Menschenverwüstung.

Die deutsche chemische Industrie blühte nach ihm auch im Jahre 1907 allen Geldkrisen zum Trotz herrlich weiter. Die Zahl der verstärkten Betriebe stieg von 8505 auf 8618, also um 1,3 Prozent, das Heer der von ihr beschäftigten Proletarier aber noch viel stärker, nämlich von 195356 auf 207704 Mann, also um 6,3 Prozent. Im Bezirk Nürnberg, aus dem wir gerade im Verbandsamte am wenigsten hören, war die Zunahme der Arbeiterzahl am stärksten, nämlich über 9 Prozent; auch im Bezirk Frankfurt am Main und Köln stieg sie über den Durchschnitt (7 Prozent). Am schwächsten war sie im Bezirk Breslau (3 Prozent). Und dieses Elavenheer leistete 61,8 Millionen Arbeitstage (gegen 58,3 Millionen im Vorjahre). Wenn an jedem dieser Arbeitstage nur 1 bis 2 Mark an unbezahlter Arbeit und Mehrwert für die Unternehmer geschafft wurde, so haben sie im Jahre 1907 an ihren Arbeitern allein über 100 Millionen Mark Profit gemacht! Wahrscheinlich ist diese Schätzung aber viel zu gering. Der Gesamtarbeitsverdienst der 207704 Vollarbeiter und der Betriebsbeamten dagegen wird auf 230 Millionen Mark angegeben. Das heißt also: der Jahresverdienst dieser Proletarier der Hand und des Kopfes schwankte genau um 1000 Mark herum, während jeder der 8616 Unternehmer durchschnittlich mindestens rund 12000 Mark Profit am Arbeitslohn seiner Lohnsklaven allein nach Hause trug, von dem Profit aus den Monopolspreisen am Markte, wie sie die Unternehmerkassette bestimmen, gar nicht zu reden. Allein bei der Produktion ist der durchschnittliche Anteil, den der Unternehmer erhält, zwölfmal so groß, als derjenige des Arbeiters! Was könnte also mindestens in Unfallverhütung und Unfallfürsorge geleistet werden, wenn die Arbeiter mitzubestimmen hätten! Unter der Unternehmerverwaltung wird nichts als erbärmliches Flickwerk geleistet.

Eben hat der chemische Oberschwarzmacher, Direktor Dr. Duisberg, auf dem deutschen Chemikertag in Jena wieder erklärt, daß der Achtstundentag in der chemischen Industrie „undurchführbar“ sei. Auf seine „Gründe“ kommen wir zurück, wenn sie im Wortlaut vorliegen. Aus den neuesten Ziffern seiner Unfallberufsgenossenschaft allein schon hätte er erkennen müssen, daß die gemeldeten Unfälle auf 13038 (von 11969 im Vorjahre) stiegen, daß sich also die Zahl der schlecht geschätzten Opfer auf dem Schlachtfelde der deutschen chemischen Industrie immer höher häuft. Die chemische Großindustrie, die Industrie der Präparate und die Gummiwarenindustrie liefern die größten Haufen von Schlachtopfern: aus ihnen wurden 2779, 2271 und 1400 Unfälle gemeldet. Dann kommt die Anilinfarbenfabrikation mit 1184, die Firnisindustrie mit 757 Unfällen usw. Jede prozentuale Berechnung fehlt in der Aufmachung. Man müßte wissen, wie sich die Unfälle auf die Arbeiterzahl verteilen, denn es ist natürlich viel schlimmer, daß die chemische Großindustrie auf 26780 Vollarbeiter schon 2779 Unfälle hatte, während die Gummiwarenfabrikation auf 29914 Vollarbeiter erst 1400 Unfälle verzeichnete. Woher soll aber bei der Unternehmerverwaltung Liebe und Sorgfalt für solche Dinge kommen? Und die Aufsichtsbeamten und Unternehmer dürfen ja, wie wir erst kürzlich aus ihren Berichten für das selbe Jahr nachwies, die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse als Ursachen von Unfällen gar nicht mit in Betracht ziehen! Rein rechnerisch, für die Beitragserhebung nämlich, wird nur festgestellt, daß die durchschnittliche Gefahrenziffer für alle Betriebe 40 beträgt, wobei man lediglich sehen kann, daß die Bezirke Breslau, Köln und Leipzig eine höhere als durchschnittliche Gefahrenziffer aufweisen. Dort müssen also die Verhältnisse besonders ungesund sein!

Bekannt ist ja, wie nun die Unternehmer die Entschuldigungslast für die 13038 Schlachtopfer zu einem großen Teile von sich abwälzen können. Die 1223 Unfälle, welche zunächst nur eine Erwerbsunfähigkeit von weniger als drei Tagen zur Folge hatten, brauchen sie gar nicht zu beachten. 834 weitere Unfälle wurden „bei näherer Prüfung“ als Betriebsunfälle „nicht anerkannt“. Der übrigbleibende Vorenteil von 9690 Unfällen fiel lediglich den Krankenkassen zur Last, in welche die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen, weil die Verletzten innerhalb der ersten 13 Wochen „wieder hergestellt“ wurden. Blieben also ganze 1789 Unfälle von

den 13038 gemeldet, deren Folgen die Unternehmer wirklich trugen, und zwar mit 2,8 Millionen Mark Kosten im Berichtsjahre, also noch nicht ganz mit dem dreifachsten Teil der unbezahlten Arbeit, die sie mit mindestens 100 Millionen aus ihren Lohnsklaven herausgeholt haben. Das nennt man ein Geschäft!

Wie gut es die Unternehmer aber verstehen, die schrankenlose Ausbeutung als Hauptursache dieser Riesenerpfer an Menschenleben und Menschengesundheit zu bemänteln, dafür liefern sie uns in diesem Jahre selbst einen unstreitigen Beweis. In ihrem Berufsvereinsvereinsbericht, der wesentlich für die Eingeweihten und Beteiligten bestimmt ist, sind sie nahe daran, sich zu gestehen, daß die mißständigen Arbeitsverhältnisse die größte Schuld an den gehäuften Unfällen tragen. Als aber das Reichversicherungsamt auf die Sache aufmerksam wird und besonders Bericht einfordert, sind sie sofort wieder bestrebt, den wahren Tatbestand zu verhüllen. Das Unternehmerorgan „Chem. Industrie“ druckte beide Berichte kurz hintereinander ab, und wir stellen aus ihnen die beiden sich stark widersprechenden Unternehmerauskünfte wirklich wie folgt gegenüber:

Verwaltungsbericht der chemischen Berufsvereinsvereine:

... man wird doch zugeben, daß auch die Zahl der wirklichen Unfälle in den letzten Jahren in höherem Maße, als die der beschäftigten Personen zugenommen hat. Der Grund dieser Erscheinung ist ohne Zweifel darin zu suchen, daß in den Jahren des industriellen Aufschwungs große Mengen ungeübter und unangebildeter Arbeiter vom Lande den Fabriken zuströmen und ohne genauere Kenntnis der durch den Betrieb bedingten Gefahren leicht ein Opfer ihrer Unvorsichtigkeit werden, daß andererseits aber auch der Mangel an Arbeitern dazu führt, die vorhandene Arbeitszeit durch angepannte Tätigkeit nach Möglichkeit auszunutzen und über das normale Maß auszubehaupten. Auf diese Weise tritt eine Steigerung der Betriebsgefahren ein, die auch durch die erhöhte Tätigkeit der Berufsvereinsvereine auf dem Gebiete der Betriebsüberwachung und Unfallverhütung nicht ausgeglichen werden kann.

Sonderbericht an das Reichversicherungsamt:

... Eine weitere Ursache für die absolute und relative Steigerung der Unfälle ist in dem rapiden Wachstum der deutschen Industrie zu suchen. Zahlreiche neue Betriebe wurden errichtet, bestehende vergrößert. Alle Neueinrichtungen bringen aber erfahrungsmäßig in der ersten Zeit bis zur Erprobung und praktischen Anwendung größere Gefahren mit sich, als die bereits längere Zeit bestehenden Betriebs-einrichtungen. In der Regel fehlt neuem und verbesserten Fabrikationsmethoden ein noch ungeübtes Bedienungspersonal gegenüber, infolge Einstellung zahlreicher ungelerner Arbeitskräfte. Hand in Hand damit geht auch der immer mehr fortschreitende Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit und die allseitig, in Folge der Fortschritte der Arbeitszeit und Einführung von Akkordarbeit herbeigeführte stärkere Anspannung der Leistungsfähigkeit von Personen und Maschinen.

Es bedarf keines Wortes darüber, daß die zweite Auskunft der Unternehmer bezüglich der Arbeitszeit gerade das Gegenteil von demjenigen sagt, was die erste in einem unbemagten Augenblicke zugehand. Sie behauptet eine „Verkürzung der Arbeitszeit“ als Unfallursache, von der wir nichts wissen und die, wenn sie allgemein stattgefunden hätte, die Unfallgefahr nicht erhöht, sondern vermindert haben würde. Viel schärfer sagt der Verwaltungsbericht, daß 1907 die Arbeitszeit sogar über das bisherige, nicht gerade knappe Maß „ausgedehnt“ worden ist. Und diese Mitteilung hat alle Wahrscheinlichkeit nicht bloß, sondern auch die Tatsachen für sich. Die deutschen chemischen Arbeiter wissen, wie sie in der Zeit des guten Geschäftsganges ausgepreßt worden sind! So springen also unsere Unternehmer in ihren amtlichen Berichten mit sozialen Tatsachen um, die bei uns über Leben und Tod entscheiden! Wenn sich die oberste Reichsversicherungsbehörde durch solche Manöver täuschen ließe, so wäre sie nicht besser, als die Unternehmer selber. Wir hoffen, daß sie die von uns aufgedeckten Widersprüche als Anlaß zu immer schärferer Kontrolle der chemischen Industrie und ihrer Arbeitsverhältnisse nimmt.

Freilich müssen vor allem unsere Kollegen selbst aus diesen Dingen lernen. Erst wenn sie den Staat durch ihre machtvolle Organisation zwingen können, an jeder Stelle, wo sie gewissenlos auf dem Schlachtfelde der chemischen Arbeit hingeworfen werden sollen, einzuschreiten, erst dann wird sich der kapitalistische Staat in Bewegung setzen und diese ungeheuerlichen Mißstände wenigstens etwas eindämmen, wenn auch noch lange nicht abschaffen! Dazu gehört noch mehr...

Maßnahmen gegen Gasvergiftungen in chemischen Betrieben.

Zwei Rundschreiben des Reichsversicherungsamts über die Mitwirkung der technischen Aufsichtsbeamten zur Vermeidung des Alkoholmißbrauchs und über die Vergiftung durch Kohlenoxyd, Sauerstoff und ähnliche Gasarten, welche für den Vertrieb von Kraftmaschinen dienen, geben den technischen Aufsichtsbeamten der chemischen Berufsvereinsvereine in ihrer letzten technischen Konferenz Veranlassung, ihre Erfahrungen und Ansichten auf diesen Gebieten auszutauschen. Ueber den Meinungsaustausch betr. den Alkoholmißbrauch braucht hier nicht näher berichtet zu werden. Die Arbeiterorganisationen sind direkt und indirekt bessere und wirksamere Kämpfer gegen den Schnaps- und Biertrunkel, als alle Behörden und Unternehmer und ihre Aufsichtsbeamten zusammengenommen. Was aber das zweite Rundschreiben des Reichsversicherungsamts über die Maßnahmen zur Verhütung der Unfallgefahr bei der Verwendung der Kohlenoxydgas, Sauerstoff- und ähnlichen Gasarten getriebenen Gasstrahlmaschinen betraf, so war man, wie die „Chemische Industrie“ berichtet, in der Konferenz der Ansicht, daß zur wirksamen Durchführung der ersten Hilfeleistung in erster Linie die Vereinhaltung eines Sauerstoffinhalationsapparates in allen den Betrieben, in welchen giftige Gase auftreten können, anzustreben und darauf hinzuwirken sei, daß eine größere Anzahl von regelmäßig in Betrieben tätigen Arbeitern über die Handhabung der Apparate und über die künftige Anwendung genügend informiert werden. Es gehehe dies leider nicht überall in der Praxis; denn sogar Beamte vertragen in gegebenen Fällen, teils aus Unkenntnis im Gebrauch der Apparate, teils in der allgemeinen Verwirrung beim Eintritt von Vergiftungsfällen. Die besten Apparate aber seien zweifellos, wenn ihre Handhabung unbekannt ist oder die Besonnenheit fehlt. Deswegen ziele die Unternehmer bei Vergiftungen die Hilfe der Feuerwehrrufen...

diese über Wiederbelebungsvorrichtungen verfügt und in ihrer Handhabung bewandert ist. Wenn dieser Weg unter Umständen auch zu billigen sei, so dürfte er keineswegs immer zu empfehlen sein, da hier bei kostbarem Zeitverlusten gehen kann. Die eigene und schnellste Hilfeleistung bis zur Ankunft des Arztes würde meist von Erfolg begleitet sein! Habe man aber einige Leute in der Handhabung der Sauerstoff- und sonstigen Apparate ausgebildet, so unterlasse man nicht, regelmäßige Übungen abzuhalten. Vor allem aber müsse das Streben darauf gerichtet sein, die Entstehung giftiger Gase nach Möglichkeit zu verhindern, und wo dies nicht möglich ist (?), die Gase abzuführen und sie nicht in die Arbeitsräume gelangen zu lassen. Was die erste Hilfeleistung bei Unfällen im allgemeinen anbelange, so macht der Berichtsteller der „Chemischen Industrie“ darauf aufmerksam, daß die für diesen Zweck zur Verfügung an die Unternehmer seitens der Berufsvereinsvereine verschickten Plakate ihre Aufgabe nur zum Teil erfüllen. Der kleinere Unternehmer werde selbst bei sorgfältigem Studium des Plakats die Ratsschläge infolge des Mangels an jeglicher Übung nicht ausführen können. Die Kenntnis in der Handhabung selbst einfacher Bandagen und die Kenntnis von der Notwendigkeit der sorgfältigsten Aufbewahrung des Verbandmaterials fehle vielen Unternehmern. Wie solle sich der Mann bei schweren Unfällen, wie Knochenbrüchen, Übererregungen usw. ohne Übung verhalten? Deshalb den Kassenzuständen die Möglichkeit gegeben werden, in allgemeinen Sanitariekursen kleinere Unternehmer sowohl wie Arbeiter der in den Kassen vereinigten Betriebe praktisch zu informieren.

Sein Opfer der Sprengstoffindustrie!

Vor der Bochumer Straßammer wurde am 4. Juli ein Mann abgeurteilt, der kein Opfer der furchterlichen Explosion in der Roburfabrik zu Annen vom November 1906 geworden war, obgleich er vielmehr in näherer Beziehung zu ihr steht, als manches der armen Opfer, die jetzt längst der Ratten deckt. Zwar betonte der Staatsanwalt Schenk im jetzigen Prozeß sehr nachdrücklich und gewissenhaft, daß „die sorgfältigste Untersuchung die Ursache nicht aufklärt habe“. Wesentlich ist auch der technische Leiter der Fabrik, Dr. Kunze, mit verunglückt. Angellagt war jetzt nur noch der kaufmännische Direktor Franke. Er gab zu und das Gericht hielt es für erwiesen, daß er Sprengstoffe in den Verkehr gebracht habe, für welche eine Verbandsurteil noch nicht vorlag. Dem mit der Sprengstofftechnik im hohen Grade vertrauten Angeklagten mußte es klar sein, daß die Roburite 1a, 1b und 3, die er in Mengen fabrizierte und verhandelt, nicht identisch waren mit der genehmigten Marke 1. Wenn jedermann willkürlich Abänderungen in der Zusammenstellung von Sprengstoffen vornehmen und diese veränderten Stoffe den ausdrücklich genehmigten gleich behandeln wollte, so würden wir zu ganz unerlösen Auslegungen kommen, dann brauchen wir überhaupt kein Sprengstoffgesetz, meinte das Gericht. Es verurteilte Franke aber nur zu der geringen Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Uns als Vertreter der verunglückten Arbeiter und ihrer Witwen und Waisen wirt sich natürlich die Frage auf: Wie stand es denn mit der Genehmigung für die Herstellung der unerlaubt veränderten Ware? War sie in der Konzessionsurkunde für die Fabrik enthalten? Und wenn sie, wie wahrscheinlich, nicht darin enthalten war, liegt dann nicht doch noch eine gesetzliche Handhabe vor, Franke für die Folgen des entsetzlichen Unglücks haftbar zu machen? In den Prozeßberichten auch der großen bürgerlichen Blätter funder wir diese Frage nicht erörtert. Von den Rechtsbeiständen der Hinterbliebenen sollte sie aber einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.

Die Giftigkeit des Chroms.

Durch neuerliche Untersuchungen des deutschen Reichsgesundheitsamts, über welche, leider ohne Quellenangabe, in Nr. 37 der „Sozialen Praxis“ (Spalte 983/4) berichtet wird, ist die Giftigkeit der gewerblichen Beschäftigung mit Chrom aufs neue überzeugend festgestellt. In den Chromgerbereien mit äthenen Chromverbindungen und dem Zweifadverfahren bekommen die Arbeiter an Händen und Unterarmen eigentümliche, schwer heilende Geschwüre, am häufigsten und dauerndsten dort, wo sie in Großbetrieben infolge der Arbeitsteilung andauernd und einseitig nur mit ätheren Gerbstoffen zu hantieren haben. Es ist also ganz unzweifelhaft, daß das Chrom der Urheber ihrer Leiden ist. Da es sich nur um reich bemittelte Großbetriebe handelt, sollte man annehmen, das Reichsgesundheitsamt würde ganz unbedenklich sofort einen wirksamen gesetzlichen Schutz für Chromarbeiter vorschlagen. Es begnügt sich jedoch mit der bekannten Sozialpolitik der Werkblätter, deren es eines für Arbeiter in Chromgerbereien mehr herausgibt und in dem es gute „Ratsschläge“ zur Einsetzung der Hände und Arme, Gummihandschuhe und ähnliche schöne Dinge erteilt bezw. empfiehlt. Das kostet nichts und tut den Unternehmern nicht weh. Ob es die Arbeiter bei der Hitze ihrer Stäbarbeit wirklich durchführen können, darüber zerbricht man sich offenbar nicht den Kopf. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden, wie sie für die Arbeiter in Bleichromfabriken verordnet ist, endlich auf alle Arbeiter mit Chrom auszuweichen, dazu fehlt es der deutschen Blockpolitik, die vom Gewicht der Kapitalisteninteressen gelähmt ist, an jeder Kraft.

Ueber die Gehälter unserer chemischen Doktoren

hat der Verein deutscher Chemiker eine Umfrage (Anfangsgehälter der Chemiker in der deutschen Industrie betreffend) veranstaltet und von etwa zwei Dritteln der Unternehmer Auskunft über die Bezahlung von nicht ganz 2000 Chemikern erhalten. Von einer Reihe von Firmen, wahrscheinlich den am schlechtesten zahlenden, war keine Antwort zu erlangen, so daß die nachstehenden Ziffern sich auf die besser bezahlten Angestellten beziehen dürften. Danach waren 1132 Chemiker mit und 735 ohne Probezeit angestellt. Die Probezeit dauerte bei 521 Chemikern 1-3 Monate, bei 106 4-6, bei 244 7-9, bei 234 Chemikern 10-12 Monate und war bei 27 unbestimmt. Während der Probezeit erhielten 2 Chemiker bis 124 Mark monatlich, 21 125-149 Mark, 451 150-199 Mark, 652 200-249 Mark und 6 Chemiker 250-299 Mark monatlich. Nach der Probezeit erhielten

135 Chemiker	150-199 Mark monatlich,
345	200-249
575	250-299
45	über 300
32	unbestimmt.

Hier rangieren offenbar die schäblichsten Unternehmer. Dagegen wurden in den Betrieben ohne Probezeit gezahlt:

an 4 Chemiker	0-124 Mark monatlich,
71	125-149
141	150-199
338	200-249
68	250-299
13	über 300

Danach bewegt sich die Mehrzahl unserer gestrengen Herren Doktoren in einer Einkommenshöhe von 2400-3600 Mark, was ihre kapitalistische Gesinnung, die sie trotz aller Bedrückung mit wenig Ausnahmen zur Schau tragen, zur Genüge erklärt.

Ueber die kapitalistische Entwicklung des größten Mannheimer chemischen Betriebs.

des dortigen Vereins chemischer Fabriken, gibt ein Bienenprospekt dieser Unternehmung einige für die Arbeiter wissenwerte Daten. Danach betrug der Kaufpreis der zuletzt vor dem Verein verfallenen Fabrik, der Düngefabrik Michel u. Co., G. m. b. H. in Ludwigshafen 900000 Mark. Durch die Uebernahme dieses Geschäfts hat sich die Gesellschaft auch weiterhin

